Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966 ✦ Donnerstag, 14. September 1989 ✦ Nr. 177 (6 055) ✦ Preis 3 Kopeken

Beschluß des XVI. Plenums des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

Über die Erklärung des ZK der KPdSU zur Lage in den sowjetischen Ostseerepubliken

1. Es wird festgestellt, daß die Kommunisten, alle Werktätigen Kasachstans die Erklärung des ZK der KPdSU zur Lage in den sowjetischen Ostseerepubliken und die Ansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR M. S. Gorbatschow im Zentralen Fernsehen als einen Aufruf zur Erhaltung der einheitlichen Familie der Sowjetvölker aufgefaßt haben. Darin ist die ganze Kompliziertheit der Lage widergespiegelt und ist die Sorge um die Geschicke der Menschen, um die Integrität unseres gemeinsamen Hauses, um die Perspektiven der Umgestaltung zum Ausdruck gebracht.

Das Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans ist überzeugt, daß die auf Initiative des Zentralkomitees der KPdSU eingeleiteten Maßnahmen zur radikalen Erneuerung des Sozialismus in unserem Land, zur Gesundung der zwischennationalen Beziehungen gemäß dem Entwurf der Plattform der KPdSU auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik den Grundinteressen des Sowjetvolkes entsprechen und nur unter der Leitung der Partei, auf der Grundlage der Festigung der ökonomischen und politischen Souveränität der Republiken im Bestand der UdSSR realisiert werden können. Die Kasachische SSR hat sich aktiv in die Prozesse der grundlegenden Umgestaltung eingeschaltet und wird konsequent den Kurs auf den Ausbau der gegenseitigen Beziehungen mit den Unionsrepubliken, auf eine wahre wirtschaftliche Rechnungsführung und Eigenfinanzierung im Rahmen der erneuerten Unionsföderation befolgen.

2. Die Einschätzungen und Schlußfolgerungen, dargelegt in der Erklärung zur Lage in den sowjetischen Ostseerepubliken und in der Ansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR M. S. Gorbatschow im Zentralen Fernsehen, sind zu billigen, und sie als den einzigen Weg zur Lösung der angehäuften negativen Probleme im Bereich der zwischennationalen Beziehungen und der Festigung der größten Errungenschaft des Sowjetvolkes — der internationalen Einheit der Völker der UdSSR — zu betrachten.

Das ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans tritt gegen jegliche Formen der Schmälerung der Rechte der sowjetischen Menschen nach nationalem Merkmal auf.

3. Die Gebiets-, Stadt-, Rayonparteikomitees und die Parteigrundorganisationen werden aufgefordert, im Laufe der Monate September und Oktober auf offenen Parteiversammlungen die Erklärung des ZK der KPdSU und den Entwurf der Plattform der KPdSU „Die Nationalitätenpolitik unter den Gegenwartsverhältnissen" zu erörtern, wobei alle nötigen Bedingungen für den Meinungsaustausch zu schaffen sind, damit jeder Kommunist offen und frei, mit der ganzen Verantwortung für das Schicksal unseres Landes seine parteiliche Haltung zu den Ereignissen in den sowjetischen Ostseerepubliken und in anderem Regionen des Landes einnehmen könnte.

Die Ergebnisse der Erörterung sind in den entsprechenden Parteikomitees zu behandeln; es sind auch Maßnahmen festzulegen und zu realisieren, gerichtet auf die Vereinigung der Bemühungen der Arbeitskollektive der Republik zur Festigung der brüderlichen Freundschaft der Völker der UdSSR.

4. Dem Kasachischen Republikgewerkschaftsrat und dem ZK des Komsomol Kasachstans wird empfohlen, eine breitangelegte Erörterung der Erklärung des ZK der KPdSU auf Gewerkschafts- und Komsomolversammlungen zu organisieren.

5. Die Parteikomitees und Parteigrundorganisationen der Republik haben die Disziplin und Organisiertheit der Kommunisten, aller Werktätigen zu festigen, den nationalistischen und extremistischen Ausfällen vorzubeugen und rechtzeitig auf die Festigung der zwischennationalen Beziehungen gerichtete Lösungen zu finden.

Die in den Staats-, Wirtschaft- und Rechtsschutzorganen tätigen Kommunisten werden beauftragt, erschöpfende Maßnahmen zur Festigung der Staats- und Arbeitsdisziplin, zur Stärkung der Bekämpfung der Trink- und Drogensucht, der Entwendungen des sozialistischen Eigentums zu ergreifen. Den provisorischen Komitees für Bekämpfung der Kriminalität ist wirksame Unterstützung zu leisten.

6. Die Redaktionen der Zeitungen, des Fernsehens und des Rundfunks haben den Verlauf der Erörterung der Erklärung des ZK der KPdSU und des Entwurfs der Plattform der KPdSU über die Nationalitätenpolitik weitgehend zu beleuchten, die Ursachen der Verschärfung der zwischennationalen Beziehungen, das Wesen und den Inhalt der Maßnahmen der Partei zu ihrer Normalisierung von internationalistischen Positionen aus erläutern, die Menschen aufwiegelnden provokatorischen Gerüchten und Erdichtungen zu unterbinden und beliebigen abenteuerlichen und antisozialistischen Kräften prinzipielle Einschätzungen zu geben.

Das Plenum des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans erachtet es für notwendig, beharrlich die Linie auf die Verteidigung des sowjetischen sozialistischen Föderalismus, auf die Vereinigung aller gesunden Kräfte der Gesellschaft gegen Separatismus, Extremismus, gegen jegliche Erscheinungen von Chauvinismus und Nationalismus sowie gegen die Versuche zu steuern, in die Bruderfamilie der Völker unseres Landes Spaltung hineinzubringen.

Über den Konzeptionsentwurf der Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung der Kasachischen SSR

Bericht des Vorsitzenden des Ministerrates der Kasachischen SSR U. K. KARAMANOW

Genossen!

Heute behandeln wir auf dem Plenum des ZK der Kommunistischen Partei der Republik eine der Schlüsselaufgaben der Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft.

Der Übergang zu neuen Prinzipien der territorialen Wirtschaftsführung ergibt sich aus den Thesen und Forderungen der Reform des politischen Systems und der Wiedergeburt der Machtfülle der Sowjets. Der erste Kongreß der Volksdeputierten und die Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR begründeten tiefgehend die Notwendigkeit der Beschleunigung dieser überaus wichtigen Richtung der Umgestaltung. Bei ihrer Verwirklichung steigt unermeßlich die Rolle der Parteikomitees zur Ausarbeitung der Strategie, zur Herausbildung eines Republikmodells der regionalen wirtschaftlichen Rechnungsführung und zu ihrer praktischen Realisierung.

In der Volkswirtschaft Kasachstans entwickeln sich und gewinnen an Kraft die auf wirtschaftlicher Rechnungsführung beruhenden Beziehungen, es vollziehen sich qualitative Wandlungen ihrer Struktur und ihrer Proportionen auf den Prinzipien der radikalen Wirtschaftsreform.

Seit Beginn dieses Jahres sind alle Betriebe und Organisationen des materiellen Produktionsbereichs schon auf neue Bedingungen der Wirtschaftsführung umgestellt worden. Die Zahl der nach dem zweiten Modell Arbeitenden nimmt zu. Dasselbe trifft auf eine Reihe von Zweigen der Nichtproduktionssphäre. Es werden Experimente zur Einführung von Elementen der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Volksbildung, im Gesundheitswesen, in Kultur und anderen Bereichen vorgenommen.

Der neue Mechanismus hat die staatliche Lieferdisziplin bedeutend gestrafft: die Erfüllung der Vertragspflichten beträgt 99,4 Prozent. Die Qualität vieler Erzeugnisse hat sich verbessert. In den drei Jahren der Fünfjahrplanperiode belief sich der Zuwachs des erwirtschafteten Nationaleinkommens — der Hauptkennziffer also — auf 9,2 Prozent; das ist höher als in allen Jahren der elften Fünfjahrplanperiode. Das ermöglichte, bei der Festigung des Wirtschaftspotentials, der Erweiterung der Ausmaße der Produktionseffektivität und ihrer Steigerung wesentlich voranzukommen.

Im Jahre 1988, zum erstenmal seit den letzten zehn Jahren, wurde die Planerfüllung bei Gewinn gewährleistet, dabei betrug das Wachstumstempo 5,7 Prozent. Verringert wurde die Zahl der verlustbringenden (1 527 im Jahre 1987 und 1 055 im Jahre 1988) sowie der wenigrentablen Betriebe, der Schadenbetrag ging fast um die Hälfe zurück.

In den Zweigen der materiellen Produktion verstärkte sich die Rolle der intensiven Wachstumsfaktoren, insbesondere der Steigerung der Arbeitsproduktivität. In der Industrie belief sich diese in drei Jahren auf 13,5 Prozent, was die Berechnungen des Fünfjahrplans übertrifft.

Große Fortschritte gibt es bei der Hinwendung der Ökonomik zu den Belangen des Menschen, ihrer sozialistischen Umorientierung, zur Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung zu verzeichnen. Die Konsumgüterproduktion vergrößerte sich in dieser Zeit auf das 1,4fache und wird in diesem Jahr 11,5 Milliarden Rubel übertreffen. Das hohe Entwicklungstempo wurde be. den entgeltlichen Dienstleistungen für die Bevölkerung und bei der Steigerung des Einzelhandelsumsatzes gewährleistet. Die Investitionen und die Übergabe von Wohnungen und sozialen Objekten nahmen bedeutend zu. Zugleich darf nicht übersehen werden, daß der Umgestaltungsprozeß nur mit Mühe vorangeht und die Erneuerung des Wirtschaftsmechanismus oft im Widerspruch zu den herangebildeten Arbeitsformen und -methoden steht. Jeden Tag stoßen wir auf die Entbilanzierung des Marktes, der Ein- und Ausgaben, auf die Zunahme des Mangels an Waren und Dienstleistungen.

Sind das nicht die Hauptursachen der explosionsgefährlichen Situation, die in Nowy Usen, Karaganda und anderen Regionen entstand, wo Probleme jahrelang angehäuft und praktisch nicht gelöst wurden. Man kann eindeutig sagen, daß die gesellschaftspolitische Situation in der Republik, die Aktivität der Menschen in vielem von der dynamischen Lösung der sozialen Probleme und der Gesundung der gesamten Ökonomik abhängen.

Die Lage wird auch noch dadurch zugespitzt, daß die positiven Wandlungen einstweilen nicht vom komplexen Herangehen an die Verwirklichung der radikalen Wirtschaftsreform begleitet werden. Die Sache wird ernstlich gehemmt durch die zögernde Umgestaltung der Tätigkeit der Ministerien und zentralen Staatsorgane sowie der örtlichen Exekutivorgane der örtlichen Sowjets bzw. durch die Verminderung der Anforderungen und der Verantwortung.

Mancherorts werden die Bestimmungen des Gesetzes über den staatlichen Betrieb gröblich verletzt, und es kommt zum Herumadministrieren. Das Schlimmste aber ist, daß der neue Wirtschaftsmechanismus in den Grundeinheiten noch nicht aus voller Kraft funktioniert, nicht zur Hebung des wissenschaftlich-technischen Produktionsniveaus beiträgt und nicht ein sicheres Hindernis auf dem Weg des Aufwandsmechanismus geworden ist. Deshalb steigen auch die Materialintensität des gesellschaftlichen Produkts und der Umfang der unfertigen Bauproduktion, wird die Zersplitterung der Investitionen zugelassen. Die Arbeitslöhne werden nicht immer mit den Endergebnissen der Arbeit in Einklang gebracht. Das System der materiellen Stimulierung der Arbeitskollektive ist im Grunde genommen uneffektiv.

Der neue Wirtschaftsmechanismus hat noch nicht alle Mängel im System der Planung und der Leitung beseitigt und es auch nicht vermocht, die territorialen und Zweiginteressen miteinander in Einklang zu bringen. Nach wie vor verfügen die rechtlosen örtlichen Machtorgane noch nicht über die nötige materielle und Finanzbasis, um die soziale Entwicklung der Region auf die Lösung der buchstäblich schreienden Probleme zu lenken. Ihre Wechselbeziehungen mit den Betrieben und Organisationen haben noch wenig zum endgültigen Auftrümen mit den behördlichen Schranken und mit Diktat beigetragen.

Zuerst wurde der neue Wirtschaftsmechanismus in dem Zweig geschaffen, und er funktioniert nur innerhalb des Zweiges selbst, was die Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen der sozialen und der Produktionssphäre sowie die Realisierung der territorialen, die Bevölkerung bewegenden Probleme behindert. Gemeint sind die komplexe und effektive Nutzung der Naturressourcen, der Umweltschutz sowie die Schaffung der progressiven Struktur der gesellschaftlichen Produktion. Der vorhandene Mechanismus gestattet es nicht, den gegenseitig vorteilhaften Austausch zwischen den Republiken auszubauen, nach wie vor beruht er auf der Zentralisierung der Lösung der Probleme in der Ökonomik und hemmt zugleich die Initiative vor Ort.

Die Erosion der Prinzipien der Wirtschaftsführung auf territorialer Ebene läßt die Schmarotzerideologie aufkommen. Die Bemühungen der örtlichen Machtorgane werden nicht auf die Verbesserung der Endresultate, nicht so sehr auf die Ausarbeitung und Realisierung der sozialen Politik, als vielmehr auf das „Durchboxen" von zusätzlichen Fonds und Limites gerichtet. Im Grunde genommen wetteifert man im verborgenen um die Fragenstellung und nicht um die Befriedigung der Belange der Bevölkerung der Region.

Die Nichtübereinstimmung des regionalen Mechanismus mit den gegenwärtigen Anforderungen sowie die negativen Folgen einer solchen Wirtschaftsführung sind in der Ökonomik Kasachstans markant zu merken. Wie konnte es dazu kommen, daß eine Republik, die über einzigartige mineralische Rohstoffressourcen verfügt und eine große Rolle in der Unionsarbeitsteilung bei der Produktion der wichtigsten Arten der industriellen und Agrarerzeugnisse spielt, zu einer Subventionsrepublik mit unterentwickelter sozialer Infrastruktur geworden ist? Das Leben beweist: Anders konnte es ja auch nicht sein unter den Bedingugen des behördlichen Diktats, des verzerrten Mechanismus der Preisbildung und der Formierung des Einnahmenteils des Haushaltes sowie der anderen negativen Folgen des administrativen Weisungssystems.

Mehr noch, unser Rückstand in der Produktion von Fertigerzeugnissen deformiert wesentlich den Warenaustausch zwischen den Republiken sowie das Verhältnis zwischen den Konsumtions- und Ackumulationsfonds. Beim Fehlen des Rechtsmechanismus des Zusammenwirkens der örtlichen Sowjets und der Betriebe ruft das ressortgebundene Herangehen an die Erschließung der Naturressourcen ohne Berücksichtigung der Naturschutzmaßnahmen eine Zerstörung des ökologischen Systems hervor. Eine Reihe der Regionen Kasachstans steht am Rande der ökologischen Katastrophe.

Diese Probleme hat N. A. Nasarbajew auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR prinzipiell und konstruktiv behandelt, auch die Öffentlichkeit und die Bevölkerung werfen sie mit aller Entschiedenheit auf.

Die negativen Seiten des behördlichen Mechanismus der Leitung wurden verstärkt durch das „Restprinzip" der Bewilligung von Mitteln für die Entwicklung der sozialen Sphäre, die wesentlich hinter den durchschnittlichen Unionskennziffern zurückbleibt. Besonders untragbar sind die Bedingungen in den entlegenen ländlichen Rayons, wo hauptsächlich die Stammbevölkerung lebt, die oft sogar die elementarsten Annehmlichkeiten entbehren muß.

Eine solche Sachlage rückt die radikale Vervollkommnung des Systems der territorialen Wirtschaftsführung gesetzmäßig in den Vordergrund, die auf den gegenwärtigen Vorstellungen über die ökonomische Selbständigkeit der Unionsrepublik beruht. Und zu diesem Zweck muß sie über Rechte verfügen, die dem Status eines souveränen sozialistischen Staates entsprechen.

Wie sie wissen, wurde im Entwurf der Plattform der KPdSU „Nationalitätenpolitik der Partei unter den Gegenwartsverhältnissen" festgelegt, daß der ökonomische Inhalt der Selbstbestimmung und Souveränität im Übergang der Republiken auf wirtschaftliche Rechnungsführung und Eigenfinanzierung ihren Niederschlag finden muß. Als die Grundlage dieser Prinzipien wird erstmalig angesehen, daß die ökonomische und soziale Entwicklung der Republik und ihrer Regionen unmittelbar von den hohen Endergebnissen der Arbeit aller Betriebe und Organisationen auf ihrem Territorium abhängt. Dabei steigen wesentlich die Selbständigkeit und die Verantwortung der örtlichen Leitungsorgane für die Formung und Nutzung der Haushalte.

Genossen! Auf Initiative des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans, des Ministerrates und des Wirtschaftsrates der Republik unter der Beteiligung der Forschungsanstalten, Ministerien, der zentralen Behörden und Gebietsexekutivkomitees ist der Konzeptionsentwurf der Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung der Kasachischen SSR ausgearbeitet worden.

Dieses Dokument berücksichtigt die in der Presse veröffentlichen „Allgemeinen Prinzipien der Umgestaltung der ökonomischen und sozialen Sphäre in den Unionsrepubliken durch die Erweiterung ihrer souveränen Rechte, der Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung" und die Gesetzentwürfe der UdSSR „Über die allgemeinen Leitungsgrundlagen in der Wirtschaft und der sozialen Sphäre in den Unionsrepubliken", „Über die allgemeinen Grundlagen der lokalen Selbstverwaltung und der Lokalwirtschaft in der UdSSR" sowie andere, vom Ministerrat der UdSSR der turnusmäßigen Sitzung des Obersten Sowjets zur Prüfung vorgelegte Gesetzentwürfe.

Bei der Vorbereitung des Entfurs wurden die entsprechenden Dokumente der baltischen Republiken und Belorußlands sowie

(Schluß S. 2)

Zweiter Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

ANUFRIJEW, Wladislaw Grigorjewitsch

Genosse Anufrijew wurde 1937 in der Stadt Bugulma, Tatarische ASSR, geboren, Russe. Mitglied der KPdSU seit 1969. Er hat Hochschulbildung, absolvierte die Ukrainische Landwirtschaftsakademie, das Institut für Volkswirtschaft Kiew und die Akademie der Sozialwissenschaften beim ZK der KPdSU.

1956 begann er als Drahtzieher im Werk „Ukrkabel" in Kiew zu arbeiten. Nach der Absolvierung der Landwirtschaftsakademie im Jahre 1962 war er zuerst als Ober- und Chefzootechniker in der Produktionsverwaltung Landwirtschaft Ossakarowka, dann als stellvertretender Leiter der Verwaltung und als Leiter der Verwaltung Landwirtschaft im Rayonexekutivkomitee Ossakarowka tätig. Seit 1973 bis 1974 war er stellvertretender Leiter der Abteilung Landwirtschaft im Gebietsparteikomitee Karaganda, danach Vorsitzender des Rayonexekutivkomitees Ossakarowka. Von 1975 bis 1977 war er Erster Sekretär des Rayonparteikomitees Nurinski, Leiter der Verwaltung Landwirtschaft im Gebietsparteikomitee Karaganda, 1977 wurde er zum Sekretär des Gebietsparteikomitees Karaganda gewählt und 1985 als Leiter der Abteilung Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie beim ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans bestätigt. Von 1986 bis 1988 ist er Erster Sekretär des Gebietsparteikomitees Taldy-Kurgan. Seit November 1988 war er Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans.

Er ist Volksdeputierter der UdSSR und Träger der Orden der Oktoberrevolution, des Roten Arbeitsbanners und der Völkerfreundschaft sowie „Zeichen der Ehre" und von Medaillen.

Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

ASSANBAJEW, Jerik Magsumowitsch

Genosse Assanbajew wurde 1936 im Dorfe Baigabul des Rayons Amangeldy, Gebiet Kustanai, geboren, Kasache. Er ist Mitglied der KPdSU seit 1967. Er hat Hochschulbildung, absolvierte die Kasachische Staatliche Kirow-Universität, ist Doktor der Wirtschaftswissenschaften.

Seine Arbeitstätigkeit begann er 1958 als Ökonom in der Verwaltung Industriefinanzierung des Finanzministeriums der Kasachischen SSR; danach war er Hochschullehrer in der Kasachischen Universität. In den Jahren 1960—1963 studierte er in der Aspirantur des Moskauer Instituts für Finanzwesen, nach deren Absolvierung er als Leiter der Abteilungen Probleme der Finanzplanung und Produktionskosten sowie Verflechtungsbilanz im wissenschaftlichen Forschungsinstitut für Ökonomik bei der Staatlichen Plankomission der Kasachischen SSR tätig war. In den Jahren 1967—1979 war er Leiter der Abteilung für neue Methoden der Planung und wirtschaftlichen Stimulierung der Staatlichen Plankommission der Republik, Stellvertreter des Finanzministers, Leiter der Abteilung Finanzen, Arbeit und Arbeitslöhne, Stellvertretender Büroleiter im Ministerrat der Kasachischen SSR. 1979 wird er als Leiter der Abteilung für Handel, Plan- und Finanzorgane bestätigt, die danach in die Abteilung für Handel und Dienstleistungswesen des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans umgestaltet wurde. Seit 1983 bis 1988 war er Stellvertretender Leiter des Büros des Ministerrats der Kasachischen SSR, Leiter der Abteilung Wissenschaft und Lehranstalten, der Wirtschaftsabteilung des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans. Seit Juni 1988 arbeitete er als Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats der Kasachischen SSR.

Er ist Deputierter des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR und Träger des Ordens „Zeichen der Ehre" und von Medaillen.

Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans

DWURETSCHENSKI, Valentin Iwanowitsch

Genosse Dwuretschenski wurde 1936 im Dorf Alexejewka des Rayons Isberdej im Gebiet Tambow geboren, Russe. Mitglied der KPdSU seit 1966. Er hat Hochschulbildung, absolvierte das Institut für Obst und Gemüse „I. W. Mitschurin" und die Akademie der Volkswirtschaft der UdSSR.

Seine Arbeitstätigkeit begann er 1962; er arbeitete als Chefagronom der Sowchose „Rasdolny" und „Burewestnik" der Rayonverwaltung Landwirtschaft Naursum, Gebiet Kustanai.

In den Jahren 1970—1974 war er Direktor des Sowchos „Schewtschenkowski" des Rayons Dshetygara. Seit 1974 bis 1981 war er erster stellvertretender Leiter und darauf Leiter der Kustanaier Gebiets-Produktionsverwaltung für Sowchose. Nach Absolvierung der Akademie der Volkswirtschaft der UdSSR wurde er 1983 zum Ersten Sekretär des Rayonkomitees Urizki gewählt; seit November 1985 arbeitet er als Zweiter Sekretär des Kustanaier Gebietsparteikomitees.

Er ist Deputierter des Obersten Sowjets der Kasachischen SSR und Träger des Leninordens, der Orden des Roten Arbeitsbanners und „Zeichen der Ehre" sowie von Medaillen.

Zur Lage in Moldawien

Seit zwei Tagen arbeiten alle Industriebetriebe in der moldauischen Hauptstadt wieder. Gleichzeitig werden viele Betriebe in Tiraspol, Bendery, Rybniza und Komrat weiterhin bestreikt.

In Tiraspol fand ein Treffen von Vertretern der Streikkomitees aller moldauischen Städte statt, in denen noch gestreikt wird. Sie sprachen sich dafür aus, daß ihnen unter den Bedingungen der breiteren Selbständigkeit und des Übergangs der Betriebe und Regionen zur wirtschaftlichen Rechnungsführung das Recht gewährt wird, die Sprache frei zu wähle, die die örtlichen Sowjets und die Arbeiterkollektive anwenden.

Eine außerordentliche Tagung des Stadtsowjets der Volksdeputierten, die am Dienstag in Bendery eröffnet wurde, erörtert die gesellschaftlich-politische Lage in der Stadt und in der Republik. Die streikenden Eisenbahner appellierten an die Deputierten, einen Beschluß zu fassen, der die Wirkung der vom Obersten Sowjet der Republik vor kurzem verabschiedeten Gesetze über die Sprachen auf dem Territorium des Stadtsowjets einschränkt. Die Eisenbahner, deren Streik die Situation auf der Eisenbahn der Republik wesentlich erschwert hat, erklärten, daß sie die Arbeit wieder aufnehmen werden, wenn ihr Aufruf bei den Deputierten des Stadtsowjets ein positives Echo gefunden hat.

Wie der Vorsitzende des Plankomitees der Republik, Wladislaw Kutyrkin, gegenüber Journalisten erklärte, stieg die Zahl der bestreikten Betriebe in den Tagen der größten Verbreitung der Streikbewegung auf 200. 29 davon sind Unionsministerien unterstellt. Die auf den Streik zurückzuführenden Verluste belaufen sich auf 54 Millionen Rubel. Das sind aber nur Verluste der Betriebe, die an den Streiks teilgenommen haben, betonte Kutyrkin. Die gesamten Verluste im Landesmaßstab, die unter anderem auf die Verletzungen der Verpflichtungen und Liefertermine durch streikende Arbeitskollektive Moldawiens zurückzuführen sind, können nur schwer errechnet werden, sagte er.

(TASS)

Weitere Experimente an Bord des Orbitalkomplexes Mir

Die sowjetischen Kosmonauten Alexander Viktorenko und Alexander Serebrow befaßten sich am Dienstag an Bord des Orbitalkomplexes Mir programmgemäß mit prophylaktischen Wartungsarbeiten. Montiert und getestet wurden unter anderem neue Blöcke des Systems der Wasserregenerierung aus Luftfeuchtigkeit.

Die Besatzung setzte astronomische Experimente mit dem internationalen Raumobservatorium Röntgen fort. Ziel der gegenwärtigen Forschungen ist die Zusammenstellung eines Bildes des Zentrums der Galaxis im Röntgenwellen-Bereich.

Laut Berichten der Kosmonauten sowie Aufgrund von Fernmeßinformationen verläuft der Flug normal. Die Temperatur im Komplex Mir beträgt 24 Grad Celsius, Luftdruck 740 Millimeter.

Das Befinden von Alexander Viktorenko und Alexander Serebrow ist gut.

(TASS)

Sucharto beendete UdSSR-Besuch

Der Präsident Indonesiens, Suharto, ist am Dienstag aus Moskau abgereist. Er weilte auf Einladung des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR zu einem offiziellen Besuch in der Sowjetunion.

Der indonesische Präsident und dessen Gattin wurden vom Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, M. S. Gorbatschow, und R. M. Gorbatschowa herzlich verabschiedet.

(TASS)

Über den Konzeptionsentwurf der Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung der Kasachischen SSR

(Schluß)

die Entwicklung einiger führender wissenschaftlicher Einrichtungen zum Ausbau der Sozialsphäre auf der Grundlage der Eigenfinanzierung analysiert. Gegenwärtig wurde er in der Hauptsache mit den Ministerien und Behörden der Republik, den Gebietsexekutivkomitees und einigen großen Produktionsvereinigungen koordiniert.

Der Entwurf sieht vor, daß die Leitung der Wirtschaft und Sozialsphäre in der Republik, in den Gebieten, Städten und Rayons entsprechend den Prinzipien des demokratischen Zentralismus, der Abgrenzung der Funktionen der Republik- und örtlichen Organe, auf der Grundlage ökonomischer Methoden der Wirtschaftsführung aufgebaut werden soll.

Ich möchte ihre Aufmerksamkeit auf das grundlegende Prinzip lenken, das besagt, daß die ökonomische Souveränität und die Selbständigkeit der Republik im Rahmen der sowjetischen Föderation unter enger Verbindung der Interessen der Kasachischen SSR mit den allgemeinstaatlichen, im Bestand des einheitlichen Volkswirtschaftskomplexes des Landes verwirklicht werden. Die Annahme der Konzeption darf nicht zur Absonderung von den Schwesterrepubliken, von der Union insgesamt führen, sondern soll die Föderation im Gegenteil auf der Grundlage der prinzipiellen These „Starke Republiken — starkes Zentrum" allseitig festigen.

Wir müssen es uns genauestens klarmachen, daß die regionale Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung vor allem auf die Sicherstellung und Festigung der Machtfülle der Sowjets als Hauptglied der Selbstverwaltung, auf die Schaffung von Bedingungen zur Ausarbeitung und Durchführung einer selbständigen sozialökonomischen Politik gerichtet sind, die die Besonderheiten und Interessen der Republik vollständig berücksichtigt.

Der Entwurf der Konzeption sieht prinzipiell die Formierung fortschrittlicher Strukturen der gesellschaftlichen Produktion, die Festigung der materiellen und Finanzbasis der Volkswirtschaft, die Vertiefung der rationellen Spezialisierung der Wirtschaft der Republik und die Steigerung ihrer Rolle in der unionsweiten Arbeitsteilung vor.

Es werden die Hebel und Maßnahmen zum Ausgleich des Niveaus der sozialen Entwicklung der Rayons, Städte und Gebiete sowie zur Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung an rationellen regionalen Normen und Normativen festgelegt.

Der Entwurf ist auf die rationelle Ausnutzung der Naturressourcen, die Verwirklichung einer progressiven ressourcensparenden Politik und des Umweltschutzes sowie auf eine aktive Teilnahme Kasachstans und seiner Gebiete an den Integrationsprozessen gerichtet. Die Direktverbindungen mit den Unionsrepubliken und Regionen auf Vertragsebene müssen auf ein qualitativ neues Niveau gebracht werden.

Die Realisierung der Bestimmungen der Konzeption muß durch einen entsprechenden juristischen Mechanismus und die Verfassungsnormen garantiert werden. Dadurch wird unter den Bedingungen der Entwicklung der Ware-Geld-Beziehung die Verbindung zwischen der Zweig-, regionalen und der zentralisierten, unionsweiten Planungsleitung gewährleistet.

Die neuen Prinzipien der territorialen Wirtschaftsführung dienen dem einen strategischen Ziel — der Schaffung der Bedingungen zur allseitigen Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Bevölkerung, der Gewährleistung eines höheren Lebensstandards des ganzen Volkes. Das muß von der Steigerung der Produktionseffektivität und ebenso von sozialer Gerechtigkeit bei der Verteilung der gesellschaftlicher Konsumfonds begleitet werden.

Ich möchte ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß der Kernpunkt der Konzeption die Lösung des Eigentumsproblems ist. Es ist bekannt, welche Diskussionen dazu im Gange sind; diese Frage stand auch auf dem Volksdeputiertenkongreß ganz akut. Es ist klar, daß unsere Einstellung zum Eigentum aus der modernen Bestimmung des Begriffes Souveränität der Republik resultieren muß.

Im Konzeptionsentwurf wird das ausschließliche Eigentum der Kasachischen SSR an Boden, seinen Schätzen, an Wasser, Wald und anderen Naturressourcen, die auf ihrem Territorium vorkommen, auf der Grundlage der allgemein anerkannten Prinzipien des internationalen Rechts festgehalten.

Er berücksichtigt, daß die Republik auf sie ihre rechtssprechende Gewalt sowohl im eigenen Interesse, als auch im Interesse der ganzen Sowjetunion ausdehnt.

Eine solche Auslegung ist inhaltsmäßig dem Entwurf des Gesetzes der UdSSR „Über die gemeinsame Grundlage der Leitung der Wirtschaft und des sozialen Bereichs in den Unionsrepubliken" nahe, welcher voraussieht, daß die Republik gemäß ihren souveränen Rechten die Naturressourcen auf ihrem Territorium besitzt, über sie verfügt und sie nutzt. Damit wird sie faktisch als selbständiges Subjekt des Staatseigentumsrechts anerkannt.

In der Kasachischen SSR werden in verschiedenen Verbindungen als gleichberechtigte und selbständige Formen des Eigentums die Staatsform, die Kollektiv- oder Gruppenform und die individuelle Form funktionieren. Das Staatseigentum tritt in drei Arten — der Unions-, Republik- und Kommunalart — auf.

Gemäß dem Konzeptionsentwurf zählen zum Unionseigentum auf dem Territorium Kasachstans das Vermögen der Betriebe und Organisationen der Verteidigungsbranche, der spezialisierten Ministerien für Bauwesen der UdSSR (außer dem Ministerium für Montage- und Spezialbauarbeiten der UdSSR), der Unionssysteme des Eisenbahn-, See-, Luft- und Rohrleitungsverkehrs. Außerdem gehören dazu die Unionsreserven-, Branchen- und andere Fonds, die Mittel des Unionshaushalts, der Staatsbank und anderer Banken der Sowjetunion, anderes Vermögen, das zur Verwirklichung der vor der UdSSR stehenden Aufgaben notwendig ist.

Auf solche Weise wurde nach wiederholter Erörterung dieser Frage im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kasachstans und im Ministerrat der Republik der Beschluß gefaßt, die Überführung der tragenden Zweige der Industrie in das Eigentum der Kasachischen SSR vorzusehen.

Es handelt sich um die Betriebe und Organisationen der Brennstoff-, Energie-, Metallurgie- und Maschinenbaukomplexe, der chemischen Industrie und einiger anderer, die zur Zeit den Unionsministerien untergeordnet sind.

Wir sind der Meinung, daß das ein sehr verantwortungsvoller Schritt ist; man muß ihn aber tun, da die wirtschftliche Selbständigkeit ohne die Hauptzweige, die das Potenzial und das Nationaleinkommen, die Struktur des Austausches zwischen den Republiken und andere wichtigen Kennziffern bestimmen, sonst ihren Sinn verliert. So wird die Republik nur über 52 bis 55 Prozent des Volumens der Industrieproduktion Kasachstans verfügen können, wenn man diese Zweige in der Unionsunterordnung behält.

Den Betrieben und den Organisationen der tragenden Zweige der Volkswirtschaft, die in die Kompetenz der Republik übergehen, muß man im allgemeinen einen außenbehördlichen Status bieten durch die Bildung der Verwaltung auf der Grundlage neuer organisatorischer demokratischer Formen als Assoziationen, Staats- und Koopeativ-Konzerne, Konsortien, verschiedene Typen von Vereinigungen auf freiwilliger Grundlage.

Neben dem Unions- und Republikeigentum können auch Betriebe und Vereinigungen mit gemeinsamer Unions- und Republikform des Eigentums existieren. Es sind auch dessen gemischte Formen mit anderen Unionsrepubliken, mit der Republik- und der Kommunalform unter Einschluß einiger Regionen nicht ausgeschlossen sowie Formen unter Beteiligung des Auslandskapitals.

Auf solche Weise basiert die territoriale Selbstverwaltung auf einer breiten Vielfalt der Eigentumsformen.

Auf dieser Grundlage muß das System der Wirtschaftsleitung aufbauen, die berufen ist, eine harmonische Entwicklung jedes Gebiets, jeder Stadt und jedes Rayons, in erster Linie im Interesse und auf Initiative der örtlichen Bevölkerung, zu gewährleisten.

Die Republikorgane der Staatsmacht und Leitung regeln ihre gegenseitigen Beziehungen in der sozialökonomischen Tätigkeit mit den Staatsmacht- und Leitungsorganen der UdSSR. Dabei ist vorgesehen, sich auf die strikte Abgrenzung der Rechte, Verpflichtungen und Verantwortung der Unions- und Republikorgane zu stützen, die durch die Verfassungen der UdSSR, der Kasachischen SSR und die Gesetzgebungsakte festgelegt sind.

Die Festlegung der Funktionen und Bereiche des Wirtschaftens muß einer wesentlichen Erweiterung der Rechte und Verantwortlichkeit der Republik- und der örtlichen Verwaltungsorgane für die wirtschaftliche und soziale Komplexentwicklung der Republik und ihrer Regionen untergeordnet werden.

Die Leitung der Produktion von Konsumgütern, des Dienstleistungsbereichs, der Produktionsinfrastruktur von regionaler Bedeutung sowie des Umweltschutzes und anderer Tätigkeiten, die unmittelbar mit der Befriedigung der Alltagsbedürfnisse der Bevölkerung verbunden ist, muß auf der Ebene der örtlichen Sowjets konzentriert sein. Die örtlichen Machtorgane müssen die Möglichkeit haben, die Entwicklung des Baukomplexes in höherem Maße als früher zu beeinflussen.

Die Staatliche Plankommission der Kasachischen SSR entwickelt unter Mitwirkung der Arbeitsgruppen des Wirtschaftsrats, der Gebietsexekutivkomitees, der Ministerien und anderer zentraler Staatsorgane sowie der Leiter der entsprechenden Betriebe neue Leitungsstrukturen, gerichtet auf die Realisierung der Prinzipien der territorialen Wirtschaftsführung.

Ich bin der Meinung, daß dies uns eine besondere Verantwortung auferlegt. Es ist wichtig, Voreiligkeit zu meiden und nicht das Vorherrschen vorübergehender sowie ressortgebundener Interessen zuzulassen. Es gilt, alle Für und Wider auf demokratischer Grundlage abzuwägen sowie die existierende zentralisierte wissenschaftlich-technische Betreuung nach Betriebsgrößengruppen sowie die Schwierigkeiten und die Vielseitigkeit der Kooperationslieferungen zu berücksichtigen.

Es ist zu berücksichtigen, daß die Fehler und Fehlschläge den Verlauf der radikalen Wirtschaftsreform im Grunde genommen „torpedieren". Aber es liegt schon heute auf der Hand, daß wir ohne die durchgreifende Umgestaltung und Erweiterung des Wirtschaftsbereichs der Republik sowie ohne Bruch mit dem administrativen Weisungssystem nicht vom Fleck kommen werden. Die vier vergangenen Jahre der Fünfjahrplanperiode überzeugen, daß man nicht bei halbherzigen Maßnahmen bleiben darf.

Der Übergang zu Prinzipien der Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung wird eine ernste Umarbeitung der Generalschema der Leitung der Volkswirtschaft der Republik erfordern, die im vergangenen Jahr bestätigt worden ist. Dabei muß dies erfolgen unter Umverteilung der Funktionen mit Übergabe eines beträchtlichen Teils von Betrieben und Organisationen dem Gebiets- und dem Rayonsektor.

Zur Realisierung der technischen, strukturellen und Investitionspolitik, zur Ausübung der entsprechenden staatlichen Kontroll- und Steuerungsfunktionen, zur Entwicklung der Infrastruktur, des Umweltschutzes und zur Lösung einer Reihe anderer wichtiger Aufgaben auf der Republikebene ist es zweckmäßig, eine geringere Zahl von Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen zu behalten, die in der Regel Funktionscharakter tragen. Neue Produktionsstrukturen müssen ihrerseits einen bedeutenden Ausbau erfahren. In dieser Hinsicht haben wir schon gewisse Erfahrungen.

Erstmalig stehen wir vor der Aufgabe, statt einer kosmetischen Vervollkommnung der Leitungsstruktur und „Auswechslung von Aushängeschildern" in der Tat die Schaffung neuer Leitungsinstitute durchzusetzen. Sie müssen Zentren mit wirtschaftlicher Rechnungsführung darstellen, sich mit der Entwicklungsstrategie der Branchen befassen und auf Vertragsgrundlage mit Betrieben, Vereinigungen, Firmen und Assoziationen das zweiggebundene Marketing sowie die wissenschaftliche, technische, informative, kommerzielle und Rechtsbetreuung verwirklichen.

Es geht hier nicht so sehr um die Benennung wie um die Qualität. Es gilt, den Stil und die Ausrichtung der Tätigkeit in bezug auf die mit wirtschaftlicher Rechnungsführung arbeitenden Hauptbetriebe entschieden zu ändern und keine Schmälerung ihrer Selbständigkeit zuzulassen.

Um die vordringlichen sozialen Probleme erfolgreich zu lösen, ist es zweckmäßig, zahlreiche Funktionen der Leitung des territorialen Reproduktionsprozesses den örtlichen Machtorganen zu übertragen. Vor allem wird die Gerechtigkeit bei der Nutzung der Wirtschaftsergebnisse für den örtlichen Bedarf wiederhergestellt werden. Davon, wie die Struktur der Leitungsorgane der Gebiete, Städte und Rayons formiert wird, werden in beträchtlichem Maße die Erfolge der zu erneuernden Sowjets im Wirtschaftsaufbau abhängen.

Die Realisierung der neuen Funktionen erfordert psychologische Umorientierung und Verzicht auf Schablonen. Es gilt, neue Wege zur Steigerung der Effektivität zu ermitteln, die zur Organisation der Sache gewährten umfassenden Rechte schöpferisch wahrzunehmen, es zu verstehen, Mittel zu erarbeiten und die reelle Selbstfinanzierung zu organisieren. Letzten Endes ist das alles notwendig, um zahlreiche Probleme zu überwinden, die niemand für uns lösen wird.

Währt der Kampf gegen die Mittelung der Arbeitsentlohnung auf dem Niveau der Arbeitsplätze und jetzt auch schon auf dem Niveau der Betriebe, so muß diese Politik künftig auch auf dem Niveau der Region betrieben werden. Je besser das Gebiet arbeitet, desto besser muß auch seine Bevölkerung leben.

Der Kurs auf das Anwachsen der Rolle der Sowjets als der Machtorgane, die für die soziale Entwicklung in vollem Maße verantwortlich sind, fordert die Untermauerung dieser Macht durch eine zuverlässige ökonomische und materielle Basis. Andernfalls bleibt es nur bei Gesprächen und wohlgemeinten Absichten.

In den örtlichen Wirtschaftsbereichen schalten sich Betriebe und Einrichtungen, Objekte der sozialen und produzierenden Infrastruktur ein, die von Gebiets- und rayonübergreifender Bedeutung sind. Die Gebietsexekutivkomitees bestimmen selbständig deren Zusammensetzung und Struktur. Dabei gilt es, erstmalig einen ansehnlichen Teil von Betrieben und Organisationen, die gegenwärtig den Republikministerien und anderen zentralen Staatsorganen unterstellt sind oder auch eine doppelte Unterstellung haben, in den unmittelbaren Kompetenzbereich der Gebiete zu übergeben.

Es gilt, detailliert das Verzeichnis der Betriebe zu präzisieren, die den nachgeordneten Sowjets zu übergeben sind und der extra gebildeten Arbeitsgruppe des Ökonomischen Rates der Kasachischen SSR auf Vereinbarung mit den Ministerien und anderen zentralen Staatsorganen entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Es läßt aufmerken, daß so manche Gebietsexekutivkomitees gleichsam im Schlaf verharren und keine Aktivität bei der Vorbereitungsarbeit zur Schaffung des Mechanismus der regionalen Wirtschaftsführung an den Tag legen, daß sie nur oberflächlich in das Neue eindringen in der Hoffnung, daß alles von selbst kommen werde. Dafür reden sie viel und gern von einer größtmöglichen Erweiterung der Rechte der Sowjets.

Selbstverständlich muß in Betracht gezogen werden, daß die Formierung einer neuen Leitungsstruktur der Ökonomik kein einmaliger Akt ist und daß Fehler dabei nicht ausgeschlossen sind. Hauptsächlich ist beständiges, mit Neuerergeist erfülltes Suchen notwendig. Nur in diesem Fall darf mit einer ausreichend effektiven Ablösung der bestehenden Struktur der weisungsgebundenen Leitung gerechnet werden.

Die Konzentrierung der Leitung an der Basis, die die Formung der materiellen Basis ermöglicht, wird Bedingungen zur Verstärkung der örtlichen Haushalte schaffen. Und das ist die Gewähr für hohe Selbständigkeit der örtlichen Sowjets, für eine flexiblere und ausgeprägtere soziale Politik.

Bekanntlich erhalten gegenwärtig sämtliche örtliche Haushalte Zuwendungen, deren Höhe strikt von oben reglementiert und von der Effektivität der örtlichen Wirtschaftsführung losgelöst ist. Der Bildungsmechanismus der Haushalte ist jedoch so aufgebaut, daß ein wesentlicher Teil des Gewinns der in der Region stationierten Betriebe an den Unionshaushalt abgeführt wird und später teils in Form von Zuwendungen zur Kostendeckung zurückkommt.

Die Konzeption sprengt diese Ordnung und sieht die Möglichkeit vor, den Gewinnanteil der Betriebe als Quelle zur Formung der örtlichen Haushalte bedeutend zu vergrößern. Folglich wird auch die Möglichkeit entstehen, reell Fragen zu lösen, die zum Kompetenzbereich des Sowjets gehören.

Man darf es jedoch nicht unberücksichtigt lassen, daß manche Regionen kraft einer Reihe von Ursachen, darunter auch ökonomischer und natureller, sogar bei hundertprozentiger Nutzung der Mittel des neuen Wirtschaftsmechanismus nicht werden das nötige Entwicklungsniveau der sozialen Infrastruktur erreichen können. Das Industriepotential ist hier erst im Entstehen begriffen und daher vorläufig unfähig, um eine höhere Haushaltsbelastung zu sichern.

Zur Gewährleistung der staatlichen Interessen in Fragen der Verteilung der Produktivkräfte und des Ausgleichs des lebensniveaus der Bevölkerung im Bestand des neuen Wirtschaftsmechanismus müssen Spezialfonds zur Regulierung der territorialen Entwicklung und für eine durch Normative abgesicherte Umverteilung der Mittel unter den Regionen gegründet werden.

Zur Realisierung der zweckbestimmten Programme der Sozialentwicklung der Regionen und zur Erzielung von Regionalnormativen und Normen der Anfangsetappe durch sie sowie auch zum Ausgleich der Startbedingungen bleiben die Dotationen und Finanzzuschüsse aus dem Republikhaushalt in harter Währung bestehen, die für jedes Jahr der Fünfjahrplanperiode festgesetzt werden.

Der Konzeptionsentwurf ändert prinzipiell das Herangehen an die Formierung der Finanzverhältnisse zwischen dem Land, der Republik und den örtlichen Sowjets und Betrieben.

Unter Bewahrung der Einheit des Finanz- und Haushaltssystems im Land werden den örtlichen Sowjets breite Vollmachten zur Formierung und Nutzung ihrer Budgets gewährt. Die Finanzressourcen der lokalen Macht werden in erster Linie durch die Einnahmequellen gebildet, die unmittelbar von der Effektivität der Arbeit der untergeordneten Wirtschaft, von den Abführungen für Arbeits- und Naturressourcen und auch eines Teil des Gewinns der Betriebe abhängen, die auf ihrem Territorium liegen.

Neu ist daran auch, daß die jährliche Regulierung der Einnahmen und Ausgaben des Republikhaushaltes und der örtlichen Haushalte ausgeschlossen und die Nichteinmischung der höherstehenden Organe in den Haushaltsführungsprozeß garantiert wird. Es werden, was auch sehr wichtig ist, eine einheitliche Ordnung zur Bestätigung der Normative der Abführung vom Gewinn und anderen Zugängen in den Haushalt sowie die Verantwortung der Sowjets für ihre Bilanziertheit und die Verwirklichung der Ausgaben im Rahmen der Einnahmen vorgesehen.

Die Sowjets finanzieren aus ihrem Haushalt die Ausgaben für die Entwicklung der Infrastruktur, die Unterhaltung der Sozialeinrichtungen, den Bau und die Erweiterung von Produktionsobjekten der örtlichen Wirtschaft, den Ausbau, die Unterhaltung und Renovierung des Wohnungsfonds, die Verwirklichung von örtlichen Programmen und Maßnahmen.

Zusätzliche Einnahmen und Einsparungen bei den Ausgaben stehen den örtlichen Sowjets vollständig zur Verfügung. Andererseits werden Einnahmeverluste und Verluste bei zusätzlichen Einnahmen nicht aus dem Haushalt der höherstehenden Ebenen kompensiert.

Im Konzeptionsentwurf werden Maßnahmen zur Vervollkommnung der Preisbildungspolitik vorgeschlagen, es wurden Fragen der Verbesserung der Tätigkeit der Banken, der Optimierung der Kreditierung und des Geldumlaufes erarbeitet. In der Republik und den Gebieten wird die Staatsbank der Kasachischen SSR, die den Status eines Unions-Republik-Organes erhält, durch Einrichtungen und durch das Netz der nach wirtschaftlicher Rechnungsführung arbeitenden Kommerz- und Kooperativbanken vertreten sein. Die Einrichtungen der Staatsbank werden verpflichtet, die Tätigkeit der anderen Banken zu koordinieren, die Übersichts-Kredit- und Kassenpläne aufzustellen, die Kreditressourcen zu regulieren und den Geldumlauf zu organisieren. Wichtig ist hierbei, daß die Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung eine territoriale Kreditplanung und die selbständige Verfügung über die Kreditressourcen vorsieht, die in der Republik gebildet werden.

Es wird der Übergang der Republik zur Normativmethode der Lösung von sozialen Problemen und zur Erzielung der rationellen Nutzung der Arbeitsressourcen und des Beschäftigungsgrades auf der Grundlage der ökonomischen Regelung festgelegt. In den Regionen mit Arbeitskräfteüberschuß muß ein Stimulierungsmechanismus zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze geschaffen werden und dadurch zur Beseitigung der örtlichen Spannungen bei der Aufnahme eines Arbeitsverhältnisses für die ortsansässige Bevölkerung beigetragen werden.

Den örtlichen Sowjets werden erstmals breite Rechte gewährt, um Aufschläge und Zuzahlungen zu stiften, zusätzliche Vergünstigungen und Stimuli einzuführen und ebenso die Normen der Ausgaben zum Unterhalt der Sozialeinrichtung im Rahmen der bei ihnen vorhandenen Mittel über das durch die entsprechenden Garantien festgelegte gemeinstaatliche Niveau hinaus zu steigern.

Im Unterschied zu anderen Unionsrepubliken beinhaltet der Entwurf das spezielle Kapitel „Die Regionalpolitik", durch das die spezifischen Besonderheiten Kasachstans berücksichtigt werden. Dieser Artikel ist notwendig, weil wir unbedingt zielgerichtete Maßnahmen zur Überwindung des rohstoffintensiven Charakters der Wirtschaft, zur im weiteren aktiveren Industrialisierung, als eine der wichtigsten Bedingungen für die Durchführung einer starken Sozialpolitik brauchen.

Notwendig ist die Einführung neuer Verfahrensweisen zur Bilanziertheit der Ziele und Aufgaben der Zweige der allgemeinen Unionsspezialisierung der Industrie bei einer Steigerung der Produktion von Erzeugnissen mit erhöhter Bereitschaft und zur Entwicklung der wissenschaftsintensiven Produktionen und Konsumgüter. Auf dieser Grundlage sind progressive Wandlungen im Warenaustausch zwischen den Republiken vorgesehen.

Die Regionalpolitik muß auf die bilanzierte Entwicklung der Ökonomik aller Regionen, die Überwindung der tiefen Unterschiede in der sozialen und kulturellen Entwicklung, auf die größtmögliche Nutzung des Ressourcenpotentials und die Formierung der fortschrittlichen Industriestruktur konzentriert sein. Ein besonderer Platz wird der Erlangung optimaler Proportionen zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und von Konsumgütern eingeräumt, die in Kasachstan jahrzehntelang verletzt wurden.

Im Hinblick auf diese Forderungen wird die Stationierung neuer Produktionsbereiche vorgesehen, um zusammenhängende, auf die Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs orientierte Komplexe zu bilden.

Mit der Einführung der neuen Prinzipien der Territorialverwaltung müssen auch die Funktionen der Planung und die Ordnung bei der Gestaltung von Plänen und Kennziffernsystemen neben der Verstärkung der Rolle der regionalen Entwicklungsfaktoren geändert werden, die die Umorientierung der Ökonomik auf die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung nach langlebigen sowie Waren des täglichen Bedarfs gewährleisten.

Die ausgearbeiteten Fünfjahrpläne der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung müssen auf einem System der Ausgangswerte basieren, zu denen die Kontrolliziffern, die staatlichen Aufträge, Limits und ökonomische Normative gehören. Die Ordnung ihrer Übermittlung an Ministerien, zentrale Staatsorgane und Gebiete wird von der Republik selbständig festgelegt. Den Gebietsexekutivkomitees steht bevor, zum erstenmal auf den ihnen unterstellten Territorien die Kennziffern der Nettoproduktion, der Erhöhung der Realeinkünfte der Bevölkerung und der Effektivität des Ressourceneinsatzes einzuführen, die als zusammenfassende Kennziffern der Leistungsbewertung betrachtet werden.

Zwecks engerer Koordinierung der Interessen der Republik und der Betriebe mit Unionsunterstellung wird es für notwendig befunden, festzulegen, daß die Ministerien und andere zentrale Staatsorgane der UdSSR die Ausgangswerte der Planung den besagten Betrieben nur nach deren Koordinierung mit der Republikregierung vorgelegt werden. Die von Betrieben und Organisationen selbständig ausgearbeiteten Pläne müssen, unabhängig von deren Unterstellung, obligatorisch mit den Exekutivkomitees hinsichtlich der Entwicklung der sozialen Infrastruktur und des Einsatzes von Mehrzweckressourcen koordiniert werden. Den örtlichen Sowjets wird das Recht gewährt, die Ausführung von Arbeiten nach nichtkoordinierten Plänen einzustellen.

Der Konzeptionsentwurf gibt der Erhöhung der Rolle der Komplexpläne der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung den Vorrang auf allen Leitungsebenen. Sie sollen von unten von den örtlichen Sowjets der Volksdeputierten anhand der Pläne sowohl des ihnen unterstellten Agrarbetriebs als auch der übergeordneten Betriebe ausgearbeitet werden. Auf Republikebene bei ihrer Erörterung auf demokratischer Grundlage wird die Koordinierung und Formierung des Komplexplans der Kasachischen SSR vorgesehen.

Der bevorstehende Übergang der Republik zu neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung auf Gebiets-, Stadt- und Rayonebene muß von der tiefschürfenden Analyse des Standes der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung, von der Ermittlung der Finanzressourcen in der neuen Struktur der Bildung der entsprechenden Haushalte, des Niveaus des Konsumgüterverbrauchs, der Versorgtheit mit Wohnungen usw. begleitet werden. Es gilt, den Umfang der aus dem Haushalt der Republiken und Gebiete investierten Mittel, darunter auch für Objekte der Produktions- und Nichtproduktionssphäre, festzulegen und deren Finanzierung mit Haushaltszuweisungen und Krediten zu bilanzieren.

Die Aufgaben der Umgestaltung der gesamten Investitionspolitik sind die Erlangung einer fortschrittlichen Struktur der gesellschaftlichen Produktion, die Beschleunigung der Industrialisierung der Volkswirtschaft, die Vergrößerung der Investitionen in die Konsumgüter produzierende Zweige, und die Schaffung eines für den Menschen günstigen Lebensmilieus und Komfortstands.

Berechtigt ist die Frage bezüglich der Notwendigkeit, die Haushaltsfinanzierung der Produktionsobjekte bedeutend zu verringern, den Stand der unvollendeten Bauproduktion in vernünftige Grenzen zu bringen, die Kräfte und Mittel auf die Objekte mit hohem Fertigungsgrad zu konzentrieren. Nur in diesem Fall kann die Rede von einem real erfüllbaren Bauprogramm sein.

Für die ihnen unterstellten Betriebe werden die örtlichen Sowjets jetzt selbständig den Umfang und die Richtungen des Einsatztes der aus den entsprechenden Haushalten bereitzustellenden Investitionen festlegen und Entscheidungen über die Errichtung von Objekten unabhängig von ihren Plankosten treffen können. Ihnen wird das Recht eingeräumt, eigene Mittel, mit denen der Betrieb und Organisationen zu vereinen, die an der Entwicklung der jeweiligen Objekte des sozialen Bereichs und der Produktionsinfrastruktur allgemeiner Nutzung interessiert sind. Überaus wichtig ist auch, daß die Haushaltsmittel für den Bau von Produktionsobjekten unter den neuen Verhältnissen auf Vergütungsgrundlage bereitgestellt werden.

Zuletzt kommt noch eine Frage der Investitionspolitik, die von großer Bedeutung ist. Der Konzeptionsentwurf sieht vor, daß beim Bau neuer und bei der Erweiterung der bestehenden Betriebe obligatorisch Objekte der sozialen und Produktions-Infrastruktur sowie des Naturschutzes im Umfang und in den Fristen errichtet werden, die der Ministerrat der Kasachischen SSR oder die örtlichen Sowjets festlegen. In Einzelfällen dürfen die Auftraggeber die materiellen und Finanzressourcen für diese Zwecke übergeben. Es ist als notwendig erachtet worden, daß der Ministerrat der Kasachischen SSR auch die Ordnung der Bestätigung höchster Limits und Normativen der Nutzung von Naturressourcen, der Kennziffern der Effektivität und komplexen Nutzung der natürlichen Reichtümer festlegt und deren Erschließung genehmigt.

Angesichts der ökologischen Situation erscheint es als begründet, in der Republik eine entsprechende Ordnung der Stationierung strategischer Objekte von Unionsbedeutung auf ihrem Territorium einzuführen. Gemäß dieser Betriebsbedingung müssen die Flächen und die Dauer des Bodenentzugs für verschiedene Versuchsgelände, für Betriebe zur Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen besonderer Art vom Obersten Sowjet der Kasachischen SSR bestimmt und nötigenfalls einer volksweiten Erörterung unterbreitet werden. Dabei wird vorgesehen, bei der Inanspruchnahme von Territorien für Sonderobjekte, unabhängig davon, wann das getan wurde, eine materielle Entschädigung für die Verletzung der traditionellen Bereiche des Wirtschaftens sowie eine Durchführung eines Maßnahmenkomplexes zur Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts durch zentrale Staatsorgane der UdSSR einzuführen.

Den Republik- sowie den örtlichen Macht- und Leitungsorganen werden größere Rechte zum Schutz der Umwelt und zur rationellen Nutzung der natürlichen Reichtümer sowie zur Erarbeitung allgemeiner Ziele und der Strategie ihres Erreichens eingeräumt. Sie werden unter anderem die Möglichkeit bekommen, Sanktionen zur hundertprozentiger Entschädigung des zugefügten Verlusts zu verhängen sowie die Tätigkeit der Betriebe zu stoppen, die durch systematische Verunreinigung und Schaffung extremaler Situationen verschiedener Art die ökologische Situation höchst zuspitzen und dadurch mit Recht die Besorgnis und die Empörung der Bevölkerung auslösen. Die örtlichen Sowjets werden alle diese Arbeit unter Heranziehung der Öffentlichkeit durchführen und eine öffentliche Erörterung der Probleme sowie die gehörige Informierung der Menschen über die wichtigsten Kennwerte des Umweltzustands gewährleisten.

Im Rahmen der ökonomischen Souveränität geht die Konzeption vom Grundsatz aus, daß die Republik berechtigt sei, beliebige Fragen der Außenwirtschaftstätigkeit selbständig zu lösen. Gegenwärtig entspricht die Verteilung des Devisenerlöses nicht dem realen Beitrag der Ökonomik Kasachstans zur Formierung des Exports des Landes.

Es wird für zweckmäßig anerkannt, an die Devisenfonds der Republik und der Gebiete Abführungen vom Devisenerlös aller auf dem jeweiligen Territorium stationierten Betriebe und Organisationen zu leisten. Ihre Normatives für Betriebe mit Unionsunterstellung sowie die Höhe der Abführungen an die Unionsfonds durch die Betriebe der Republik und Kooperativen sind vom Ministerrat der UdSSR in Vereinbarung mit der Regierung der Republik festzulegen. Dabei behält die Kasachische SSR die Deviseneingänge vom Grenzhandel und von verschiedenen internationalen Maßnahmen, die in der Republik veranstaltet werden.

Die neue Ordnung der außenwirtschaftlichen Tätigkeit wird die nötige Interessiertheit an der Vergrößerung des Exportpotentials, an der größtmöglichen Realisierung der örtlichen Möglichkeiten beim Devisenerwerb, beim Ausbau von Direktbeziehungen und bei der Gründung gemeinsamer Betriebe schaffen.

Genossen! Kein einziger Wirtschaftsmechanismus, sogar der vom Standpunkt der gesellschaftlichen Belange aus vollkommenste, ist imstande, eine automatische Verbesserung der ökonomischen Kennziffern und die Lösung der jeweiligen Probleme selbständig zu gewährleisten. Dazu ist ständige Kleinarbeit notwendig. In diesem Zusammenhang kann ich nicht umhin, die höchste Besorgnis des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans und der Regierung der Republik über den Verlauf der Vorbereitungsarbeit an der Basis für den Übergang zu den neuen Prinzipien der territorialen Wirtschaftsführung zum Ausdruck zu bringen. Man sollte nicht vergessen, daß sie gegenwärtig in die verantwortlichste Schlußetappe getreten ist. Die Wirtschaftsorgane müssen in knappen Fristen die methodischen Materialien, die Entwürfe der Normen und Normativen vorbereiten und alle Gebiete damit versorgen. Parallel gilt es, solange die Erörterung des Entwurfs läuft, endgültig die Verwaltungsfunktionen zwischen den Republik-, Gebiets- und Rayonorganen zu verteilen, die Verwaltungschemen und die Haushaltspolitik festzulegen.

Das wären die Grundthesen des Entwurfs der Konzeption der Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung der Kasachischen SSR. Falls er von diesem Plenum gebilligt wird, wird beabsichtigt, ihn zu einer weitgehenden Diskussion zu stellen. Nach Verallgemeinerung der Bemerkungen und Vorschläge steht uns bevor, den Entwurf des Gesetzes „Über die Selbstverwaltung und Eigenfinanzierung der Kasachischen SSR" vorzubereiten, der vom Ministerrat dem Obersten Sowjet der Kasachischen SSR zur Erörterung unterbreitet werden soll.

Sowjetdeutsche: Blick in die Geschichte

Helenendorf, zu dir steht stets mein Sinn!

Fleißige Hand, gutes Land

Die Hauptbeschäftigung der Bauern aller deutschen Dörfer war hauptsächlich der Weinbau. Dazu wurden sehr ertragreiche Sorten benutzt, wie die „Blauhölzer" oder „Tawkberi", die „runde Weiße" oder „Bajan Schirei", die „zwei Abas" oder „Rkazitelli". In kleinerem Maß wurden Tafeltrauben gezogen, darunter die einheimische Sorte „Eicheltrauben" oder „Tawris". Diese wurden nach der Ernte in der Dachstube für den Winter aufbewahrt, zuvor aber in „Zöpfe" geflochten. Außer Trauben wurden in den Dachstuben Birnen, Äpfel, Granatäpfel, Quitten und Walnüsse aufbewahrt.

Die massenhafte Traubenernte dauerte gewöhnlich bis zwölf Tage in der zweiten Septemberhälfte bzw. Anfang Oktober. Für diese Zeit gab es in unserer Schule Herbstferien, damit die Schüler ihren Eltern Hilfe leisten konnten.

Die Weingärten lagen in verschiedener Entfernung vom Dorf: von 0,5 Kilometer bis zu 7 Kilometer und mehr. Man unterschied Talgärten, Neulandgärten, alte „Stückle", Schnittlingsgärten, Kärisgärten, Kirchhofgärten, Mandschurelgärten und andere. Da hatte ein jeder Bauer einen Weingarten, so daß der Transport der Trauben viel Mühe und Geld kostete. Die Bauern, die keine Pferde besaßen, wurden von unseren Nachbarn — den Armeniern bedient, die in unser Dorf mit Büffel- und Ochsenwagen kamen. **(Siehe das Bild).**

In solchen Wagen wurden je zwei Ovalständer (Fässer) befestigt, in jedem gab es bis zu 60 Pud (etwa eine Tonne) fest eingestampften Trauben. Um solche Last bergauf oder bei Regenwetter zu ziehen, mußte starkes Zugvieh vorhanden sein. Gewöhnlich waren ein Paar Büffel und ein Paar Ochsen am Wagen, wobei der Fuhrmann die Ochsen mit lauter Stimme antrieb.

Der Wein wurde in jedem Hof selbständig zubereitet. Dazu hatte jeder Winzer einen großen Gärraum und einen Keller mit einer genügenden Anzahl Fässer. Eine halbe Wirtschaft, in der 1,5 Desjatinen Weingärten vorhanden waren, machte durchschnittlich 1 500 bis 1 800 Dekaliter (Eimer) Wein. Dieser wurde im Laufe des Jahres verkauft. Die Käufer kamen aus Tiflis (Tbilissi), Gandsha (Kirowabad) und anderen Orten. Viel Wein kauften auch die Brüder Vohrer zu billigen Preisen auf. Die Brüder Hummel, Vohrer und manche anderen Bauern bildeten die Genossenschaft „Concordia" („Eintracht").

In der „Freundschaft" Nr. 8 dieses Jahres schrieb Nora Pfeffer folgendes: „Die Fabrikanten des Kognak- und Weintrusts „Concordia" waren die Helenendörfer Bauern Hummel und Vohrer".

Dazu möchte ich einiges hinzufügen. Bauern waren die Brüder Hummel und Vohrer im vorigen Jahrhundert. Als aber die Genossenschaft „Concordia" ins Leben gerufen wurde, waren sie gar keine Bauern mehr, sondern reiche Besitzer von Kognak-, Schnaps- und Bierfabriken, die ausschließlich mit Lohnarbeitskräften betrieben werden konnten. Man muß jedoch zugeben, daß die Brüder Hummel und Vohrer tüchtige Geschäftsmänner waren, die sich einen guten Ruf in Gandsha, Baku und Tiflis errangen. In diesen Städten hatten sie eigene Häuser, Kellereien und Verkaufsstellen.

Nachdem in Helenendorf 1920 die Sowjetmacht eingezogen war, wurde die Genossenschaft „Concordia" liquidiert. An der Basis der Weingärten, Kellereien und Fabriken wurden Sowchose organisiert, darunter „Kara-jeri", „Sadilly", „Araply", „Charabajeri", „Kara-Tschanash" und andere.

Die Eigentümer dieser reichen Güter wurden veranlaßt, sich anderswo zu beschäftigen, aber später wurden sie verhaftet, und jede Spur von ihnen verschwand.

In den Jahren der NÖP (1922—1928) war in den deutschen Kolonien ein großer Aufschwung zu verzeichnen. Der freie Kauf und Verkauf von Land und anderen Gütern brachte es soweit, daß viele Bürger Land mit und ohne Weingärten kauften, das oft recht weit vom Dorf entfernt lag. In dieser Zeit hatte Helenendorf einen ziemlichen Zuwachs von Weingärten. Es gibt jetzt noch Stadtgärten bei Kirowabad beim Dorf Bachmann, bei den Eisenbahnstationen Sasaly und Alabaschly und andere. Das alles hat dazu beigetragen, daß sowohl die Weinproduktion als auch der Wohlstand der Bauern sich ziemlich gehoben haben.

Schon am Anfang der NÖP-Zeit wurde in Helenendorf ein kooperativer Winzerverband gegründet, der ebenfalls den Namen „Concordia" erhielt, weil er das Vorbild seines Vorgängers vor Augen hatte. An seiner Spitze standen energische Männer, die es verstanden, alle deutschen Kolonien Aserbaidshans genossenschaftlich zu vereinigen.

In jedem Dorf wurden Zweigstellen organisiert, die für sämtliche Tätigkeit Verantwortung trugen. In kurzer Zeit wurden Kellereien und andere Einrichtungen gebaut, die darauf abzielten, einen großen Teil der Traubenernte den Bauern abzunehmen und unter Aufsicht von Fachleuten zu verarbeiten.

Es entstanden Schnaps-, Kognak- und Spiritusbrennereien und weitere Hilfsbetriebe, die es ermöglichten, die ganze Traubenproduktion zielbewußt zu verarbeiten. Der Trester (Treber) dienten als Schweinefutter und später als Düngemittel. Somit war eine abfallose Produktion organisiert. Jede Zweigstelle hatte Laboratorien zur Weinkontrolle und Buchführung sowie Fachleute zur Weinbereitung.

In Helenendorf existierte außer der großen Zweigstelle die Hauptverwaltung der Genossenschaften, die sämtliche Tätigkeit derselben zu leiten und zu kontrollieren hatte.

In Tiflis, Baku, Rostow, Moskau, Leningrad, Nowosibirsk und in anderen Städten hatte die „Concordia" ebenfalls Zweigstellen, die über eigene Kellereien, Buchführung und Verkaufsstellen verfügten. Über die letzteren wurden die Weinerzeugnisse erfolgreich vertrieben.

Die „Concordia" erleichterte das Leben unserer Bauern: Jeder Wirt konnte nun sowohl seine Weintrauben als auch den Wein selbst an die Genossenschaft gegen gute Bezahlung liefern. Infolgedessen wuchs der Wohlstand in den Jahren von 1924 bis 1929 in allen deutschen Dörfern.

Alle Winzer wurden über die „Concordia" mit den nötigen chemischen Bekämpfungsmitteln sowie auch mit Spritz- und Schwefelmaschinen versorgt. Was in der Sowjetunion nicht zu bekommen war, wurde aus dem Ausland bezogen, vor allem aus Deutschland, Österreich und Frankreich.

Ein Mann, der für den Weinbau sein Bestes tat

Die „Concordia" war bestrebt, den Weinbau auf wissenschaftliche Grundlage umzustellen. Zum Anfang wurde der Agronom Jakob Prinz in Dienst genommen, der 1922 in Helenendorf ein wissenschaftliches Laboratorium gründete. Hier wurden die Schädlinge und Krankheiten der Weinrebe studiert. In diesem Laboratorium arbeitete zwei Jahre lang auch ich — von 1926 bis 1928. Außerdem waren hier Studenten aus Baku, Tiflis und Moskau tätig.

Die Hauptverwaltung der „Concordia" unterstützte das Laboratorium mit den nötigen Geldsummen und mit Literatur. Diese war in russischer und deutscher Sprache vorhanden. Letztere wurde aus Deutschland und Österreich bezogen, wo die Weinbauwissenschaft jahrhundertelange Erfahrungen hatte.

Unter der Leitung von Jakob Prinz wurde in Annenfeld ein Versuchsgarten geschaffen, in dem europäische, hiesige und amerikanische Traubensorten kultiviert wurden.

Der Versuchsgarten hatte die Aufgabe, massenhaft gepfropfte Setzlinge herzustellen. Das war äußerst notwendig, weil 1925 die Reblaus (lateinisch Filoxera) in den Weingärten bei Grünfeld und Alexejewka aufkam.

Hier hatte Jakob Prinz zuerst die chemische Methode (Schwefelkohlenstoff) angewandt. Das gab befriedigende Resultate, die verseuchten Weinreben wurden gesund und gaben eine volle Ernte. Hier in Grünfeld wurde ein wissenschaftliches Labor gegründet, wo die Reblaus speziell unter den hiesigen Verhältnissen studiert wurde.

Die Resultate sämtlicher Untersuchungen in den Laboratorien Helenendorfs und Grünfelds brachte Jakob Prinz in verschiedenen Publikationen an die Öffentlichkeit. Die erste davon war in russischer Sprache und hatte die Überschrift: «Краткий отчет о деятельности этомологического кабинета Союза виноградарей «Конкордия» за 1922—23 годы».

Die nächsten Mitteilungen von Jakob Prinz erschienen 1924 (zwei), 1925 (sieben), 1926 (vier), 1927 (eine), 1928 (drei), 1929 (drei) und 1930 (zwei), darunter etliche in deutscher Sprache, und zwar: „Die Bekämpfung der geflügelten Reblaus mit Schwefelkohlenstoff". (1924); „Beiträge zur Biologie und Bekämpfung der Rebschädlinge und -krankheiten". (1929); „Praktischer Ratgeber für den Winzer" (1930).

Die meisten Publikationen sind in russischer Sprache erschienen. Im ganzen hat Jakob Prinz, der nach 1930 in Georgien, und nach 1946 in der Moldauischen Republik tätig war, 162 wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht, darunter 3 Monographien. Er starb 1966. In den letzten Jahren seiner Arbeit ist es ihm gelungen, die Reblaus mit Hilfe von Hexachlorbudation zu vernichten, ohne dem Weinstock zu schaden. Sein Verdienst um den Weinbau in der Sowjetunion ist groß. 1961 wurde er Akademiemitglied der Moldauischen Akademie der Wissenschaften.

Durch die praktischen Ratschläge von Jakob Prinz und seiner zahlreichen Schüler und Mitarbeiter wurde der Weinbau in der Sowjetunion von Schädlingen und Krankheiten viel besser als früher beschützt, was letzten Endes zur gewissen Steigerung der Ernteerträge in vielen Regionen geführt hat.

Was die agrotechnischen Maßnahmen in Weingärten betrifft, so waren da viele Bauern in den deutschen Dörfern gut beschlagen und zeigten den andern Beispiele, wie Höchsterträge erzielt werden können. Die Bauern aus Helenendorf ernteten bis zu 50 Tonnen Weintrauben pro Hektar.

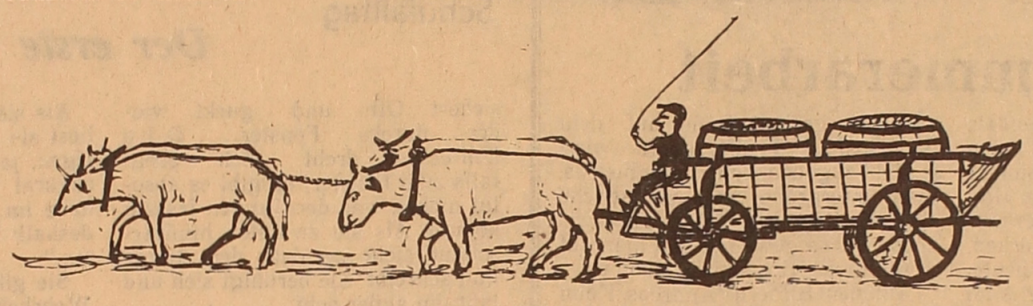
Im Sommer war es knapp mit Wasser, deshalb wurde es sehr ökonomisch verwendet. Jedem Weingartenmassiv wurde eine bestimmte Menge Sekundoliter Wasser zugeteilt. Daher wurde vom Dorfsowjet durch den sogenannten „Wassermann" jedem Winzer mitgeteilt, in welcher Zeit er (einerlei tags oder nachts) seinen Garten bewässern konnte. Je nach der Größe des Gartens wurde eine bestimmte Dauer der Bewässerung angesagt. Nachts wurden die Gärten während des Begießens mit Laternen beleuchtet.

Beim Rebenschneiden gab es viele Abfälle von 2- bis 3-jährigem Holz, dies wurde auf Büschel gebunden und nach Hause gefahren. Jeder Bauer hatte im Hof einen sogenannten Rebenhaufen, der als Brennmaterial genutzt wurde. Nach dem Rebenschneiden kam das Rebenbinden. Dazu, wie auch im Sommer beim „Heften" (das Anbinden der grünen Ruten) wurden nicht wie heute Spagat, sondern ausschließlich Weidengerten verwendet. Fast jeder Winzer hatte im Tal einen Weidenschlag, wo er für sich die Weidengerten fürs ganze Jahr beschaffen konnte. Die dünnen ausgetrockneten Weidengerten wurden für 12 Stunden ins Wasser gelegt, wodurch sie gebrauchsfähig wurden. Als zusätzliches Bindematerial wurde das Lieschgras verwendet, das auf Sümpfen wuchs.

Außer der Produktionsgenossenschaft „Concordia" waren in den deutschen Dörfern Konsum- oder Verbrauchskooperativen vorhanden, in denen alles Nötige für den Haushalt zu kaufen war. Man kann diese Kooperativen mit den heutigen Warenhäusern vergleichen.

Zu der Konsumgenossenschaft gehörten fast alle Bauern unseres Dorfes. Jedes Mitglied zahlte Geldbeiträge. Am Jahresende erhielt jedes Genossenschaftsmitglied seinen Teil vom Reingewinn. Aus diesen Gründen waren solche Konsumgenossenschaften bei uns sehr beliebt.

Georg SCHOCK
(Fortsetzung folgt)



Gemieteter Büffelwagen zur Weintraubenernte. Zeichnung: Alexander Schestakow

(Fortsetzung. Anfang Nr. 173)

PANORAMA

Aus aller Welt

KPdSU-Delegation zu Gast bei Bauern

Über den Fleiß und das Können der Bauern sowie ihr enges Bündnis mit der Agrarwissenschaft informierte sich am Dienstagnachmittag die Delegation des ZK der KPdSU unter Leitung von J. K. Ligatschow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, in der Kooperation nächst Neuendorf im Kreis Zossen (Bezirk Potsdam).

Die Bauern der Kooperation haben in den vergangenen zehn Jahren die Erträge auf den Feldern verdoppelt, bei einigen Kulturen verdreifacht und in der Viehwirtschaft die Leistungen um 30 Prozent und mehr gesteigert.

Vor ihrem Besuch im Kreis Zossen hatte die Delegation am Ehrenmal in Berlin-Treptow für die gefallenen sowjetischen Helden einen Kranz niedergelegt.

Sejm billigte neues Kabinett

Der polnische Sejm hat heute die Regierung von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki ohne Gegenstimme gebilligt. 13 Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Der Bürgerklub der „Solidarnosc" (OKP) verfügt über elf Ministerposten, die PVAP und die Vereinigte Bauernpartei (ZSL) über jeweils vier, die Demokratische Partei (SD) erhält drei Ressorts. Jede der an der Regierung beteiligten Seiten stellt einen Vizepremier, der zugleich Fachminister ist. Es handelt sich dabei um Leszek Balcerowicz (OKP), Minister für Finanzen, Czeslaw Kiszczak (PVAP), Minister des Innern, Czeslaw Janicki (ZSL), Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, und Jan Janowski (SD), Minister und Leiter des Amts für wissenschaftlich-technischen Fortschritt und Einführungen. Neuer Außenminister wurde der parteilose Politiker Krzysztof Skubiszewski.

In seiner Regierungserklärung vor dem Sejm erklärte Ministerpräsident Mazowiecki, erstrangige Vorhaben seien unter anderem die Begrenzung der Inflation, die Verringerung des Defizits im Staatshaushalt durch Kürzung der Ausgaben und Vergrößerung der Zahlungsdisziplin, der Wirtschaftseinheiten, die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse, die Schaffung einer Wertpapierbörse und die Veränderung des Steuersystems. Darüber hinaus gehe es um die Liquidierung unrentabler und überflüssiger Betriebe, was eine vorübergehende Arbeitslosigkeit einschließe. Der neue Ministerrat sei sich bewußt, daß die einzuleitenden Maßnahmen mit einem vorübergehenden Absinken der Produktion und des Lebensniveaus verbunden sein werden.

Weiter sagte Mazowiecki, große Bedeutung messe seine Regierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen Ländern des RGW bei. Gleichzeitig sei Polen an engen Beziehungen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft interessiert.

Der Ministerpräsident betonte weiter die Notwendigkeit der Achtung und Anerkennung der polnischen Grenzen. Die Politik seiner Regierung bedeute keine Aufkündigung bestehender Verträge und Verpflichtungen. Diese würden aufrechterhalten und die sich daraus ergebenen Verpflichtungen vollständig erfüllt.

Freundschaftstage der Lettischen SSR beendet

Die 8 Tage der Freundschaft zwischen der Lettischen SSR und dem Bezirk Rostock gingen am Dienstag in der DDR-Küstenstadt zu Ende. Seit Freitag hatten die Rostocker nicht nur Gelegenheit, Kunst und Kultur der baltischen Sowjetrepublik in Ausstellungen und Konzerten kennenzulernen. Arbeitskollektive beider Partnerregionen nutzten die Freundschaftstage auch zu Betriebsbesuchen und Seminaren, die einen langjährigen Erfahrungsaustausch fortsetzen.

Mit besonderer Herzlichkeit waren die über 400 lettischen Gäste am Wochenende auf dem Einwohnerfest im Rostock—Lichtenhagen begrüßt worden. Ein gemeinsam organisierter Solidaritätsbasar erbrachte die Summe von über 10 000 Mark, die zum Aufbau eines Krankenhauses in Armenien beitragen wird.

Ein erfolgreiches Resüme der Freundschaftstage zog der Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Lettlands, Ivars Kesberis, beim abschließenden Pressegespräch. In den 30 Jahren der regelmäßigen Treffen haben sich gegenseitig fruchtbringende Kontakte auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet entwickelt, zwischen Fischern, Bauleuten, Schauspielern und Professoren, sagte der Delegationsleiter. Diese Partnerschaft sei ihr Beitrag für ein festes Bündnis der Völker der DDR und der UdSSR.

Zum Gegenbesuch werden Einwohner des Bezirks Rostock innerhalb der 9. Freundschaftstage 1992 in der lettischen Hauptstadt Riga erwartet.

Schwere Verluste der Opposition

Die in den nördlichen Gebieten der afghanischen Provinz Tanai kämpfende Garnison von Khost baut zur Zeit die Verteidigungslinien aus. Wie die Landesagentur Bakhtar berichtet, nehmen die gegen die Stadt anrennenden Einheiten der unversöhnlichen Opposition zur Zeit eine Umgruppierung vor. Am Montag verloren die Regierungsfeinde bei Khost 93 Mann an Toten und 113 an Verwundeten. Mit Raketen und Artillerie wurden ein Munitionsdepot, ein Panzer und zwei Startrampen des Feindes vernichtet. Die Regierungstruppen verloren drei Mann an Toten und 19 an Verwundeten. Die Artillerie der Garnison von Jalalabad setzte in derselben Zeit 100 Regierungsfeinde außer Gefecht.

In der Provinz Badakhshan gehen die blutigen Kämpfe zwischen Einheiten der „Islamischen Gesellschaft Afghanistans" und der „Islamischen Partei Afghanistans" unter Gulbeddin Hekmatyar weiter. Beide Seiten verloren dort im Laufe des Montags über 90 Mann an Toten und Dutzende an Verwundeten. Rund 80 Rabbani-Anhängern wurden von Guldbeddin-Leuten gefangengenommen. Auch in Balkh bebt die Erde unter den Einschlägen von Raketen und Artilleriegeschossen. Bei den Auseinandersetzungen zwischen den verfeindeten Gruppierungen fielen in dieser Nordprovinz mehr als 20 Zivilisten dem Raketenbeschuß zum Opfer.

Die Sicherheitsorgane der Republik Afghanistan machten bei der Durchkämmung einer Reihe von Ortschaften im Kreis Pagman der Provinz Kabul drei Boden-Boden-Raketen und elf Kilogramm Sprengstoff unschädlich. Ferner wurden am Montag in der Kabuler Zentralpoliklinik des Gesundheitsministeriums und in einem Wohngebiet der Stadt 32 Kilogramm Sprengstoff entdeckt und damit eine Serie von Terrorakten verhindert.

Im Kreis Hadjigar der Provinz Takhar trat eine 19 Mann starke Gruppe von Oppositionellen auf die Seite der Regierung über. Der Oberste Rat der Ulemas und der Geistlichkeit der Republik Afghanistan richtete einen Appell an die Landsleute. Darin werden die antiislamische Aktivität der „Unversöhnlichen" scharf verurteilt, die afghanische Frauen und Mädchen an arabische Söldner verkaufen.

Das Außenministerium der Republik Afghanistan verwies in weiteren drei Noten an die UNO-Mission auf 15 Fälle massiver Verletzung der Genfer Vereinbarungen durch Pakistan.

Im Zeichen der Hoffnung auf Frieden

Die Lösung der Konflikte im Norden Äthiopiens mit politischen Mitteln hat Präsident Mengistu Haile Mariam als entscheidende Vorausetzung für eine erfolgreiche sozialökonomische Entwicklung des afrikanischen Landes bezeichnet. In einer Ansprache zum 15. Jahrestag der äthiopischen Revolution betonte der Generalsekretär des ZK der Arbeiterpartei Äthiopiens (WPE) am Dienstag, der Kampf um Herstellung und Sicherung des Friedens in den Nordregionen Eritrea und Tigray sowie um die Überwindung der damit verbundenen ökonomischen Probleme sei die gegenwärtig wichtigste Aufgabe aller fortschrittlichen Kräfte Äthiopiens. Ganz im Sinne der im Juni dieses Jahres unterbreiteten Friedensinitiative der Obersten Volksversammlung Äthiopiens sei die Regierung nach wie vor zu direkten und öffentlichen Verhandlungen ohne Vorbedingungen mit allen staatsfeindlichen Gruppierungen bereit. Zugleich bekräftigte Mengistu Haile Mariam die Entschlossenheit, die territoriale Integrität des Landes gegen alle bewaffneten Anschläge zu verteidigen.

Die Armee habe in den letzten Tagen Reserven mobilisiert, um eine in der vergangenen Woche von der „Tigrinischen Volksbefreiungsfront" (TPLF) begonnene Offensive zurückzuschlagen. Der Präsident rief das Volk auf, den Kampf um die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften rückhaltlos zu unterstützen.

Mengistu Haile Mariam schätzte ein, daß die am 7. September in Atlanta (USA) aufgenommenen Gespräche zwischen Vertretern der äthiopischen Regierung und der „Eritreischen Befreiungsfront" (EPLF) bislang nicht zu dem erhofften Durchbruch für eine Verhandlungslösung geführt hätten. Alle Anzeichen deuteten gegenwärtig noch darauf hin, daß die EPLF, die mit Waffengewalt die Abtrennung der Nordregion Eritrea vom einheitlichen Staatsverband erreichen will, an ernsthaften Friedensverhandlungen nicht interessiert sei. Dennoch halte die Regierung am Konzept einer Verhandlungslösung fest. Das sollte jedoch niemand als Schwäche auslegen, warnte Mengistu. Die Einheit des Landes würde weiterhin auch militärisch verteidigt werden.

Auf ökonomischem Gebiet werde Äthiopien im 16. Jahr seiner Revolution mit einem neuen Fünfjahrplan und der Durchsetzung einer Reihe von wirtschaftspolitischen Veränderungen, die spürbare Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes anstreben.

Verhandlungen über USA-Rüstungsetat

Vertreter des Repräsentantenhauses und des Senats haben Verhandlungen zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Entwurfs des USA-Militäretats für das am 1. Oktober beginnende Finanzjahr 1990 aufgenommen. Notwendig wurden die Verhandlungen, weil der Senat in seiner Vorlage dem Entwurf der Administration weitgehend gefolgt war, während das Repräsentantenhaus an einigen der strategischen Rüstungsprogramme Kürzungen vorgenommen hat.

Führende Vertreter der Administration, einschließlich des Präsidenten, haben in den letzten Wochen mehrfach betont, derartige Kürzungen seien „absolut unakzeptabel". Vizepräsident Quayle behauptete, damit würden die Verhandlungspositionen der USA bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen mit der UdSSR untergraben.

Madrid erstickt am Verkehr

Beim EG-Gipfel Ende Juni fehlten drei auf dem traditionellen Gruppenfoto: Die Regierungschefs von Belgien, Dänemark und Luxemburg waren trotz Polizeigeleit im Madrider Morgenverkehr steckengeblieben. Sich auf Madrids Straßen zu wagen, heißt Lärm, Smog, Streß ertragen. Die Stadt droht am Verkehr zu ersticken. Die mittlere Geschwindigkeit eines PKWs hat sich seit 1981 von 25 auf 16 und im Zentrum auf 14 Stundenkilometer verringert. Zuweilen sinkt sie sogar auf unter fünf Stundenkilometer ab.

Die Zahl der Fahrzeuge in Madrid stieg von rund einer Million 1980 auf inzwischen rund 1,8 Millionen. Für diesen Verkehr unzureichende Straßen, immer geringere Parkmöglichkeiten, Vernachlässigung der öffentlichen Verkehrsmittel und geringe Verkehrsdisziplin verschärfen die Probleme zusätzlich.

Unzulänglich ausgebaut sind besonders die Ring- und Ausfallstraßen. Darüber klagen besonders die 200 000 Pendler, die täglich den privaten PKW nutzen. Gut 30 Prozent von ihnen würden laut Umfrage auf Bus oder Bahn umsteigen, wenn sie bequemer, schneller und pünktlicher wären. Der Rest will unbedingt auf eigenem Untersatz fahren: Der Autokult der Spanier ist noch jung und darum besonders heftig.

Die Madrider Behörden setzen jedenfalls auf öffentliche Verkehrsmittel. Ein noch unbestätigter Plan sieht bis 1992 die Erweiterung und Modernisierung des Metro-Netzes mit Verkürzung der Zugintervalle auf 90 Sekunden, den Kauf von Bussen sowie von Doppelstockzügen für den Vorortverkehr, exklusive Busspuren auf 130 km Länge, große Parkplätze an Metro-Endstationen, neue Straßenzüge und Tiefgaragen vor.

Die Auswahl „Panorama" wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

In wenigen Zeilen

BRNO. Ein Seminar der „Initiative von Lidice" begann in der CSSR-Messestadt Brno. Die alljährliche Veranstaltung der 1979 auf Anregung Bremer Christen entstandenen antifaschistischen Initiative steht dieses Mal unter dem Motto „Gemeinsames Haus Europa — lernen aus der Geschichte.".

BRÜSSEL. Rund 358 000 Hektar Wald und Obstplantagen sind in diesem Sommer in südeuropäischen EG-Ländern durch Brände vernichtet worden, wurde in Brüssel mitgeteilt. Ursache für die Feuer in Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien waren sowohl die anhaltende Trockenheit als auch Brandstiftung.

LUXEMBURG. Die Arbeitslosenquote in den Mitgliedsländern der EG ist in den letzten Monaten unverändert hoch geblieben. Wie das in Luxemburg ansässige Statistikamt der EG offiziell mitteilte, betrug sie im Juli wie auch in den drei Monaten zuvor 9,3 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Unter den Jugendlichen bis 25 Jahren liegt die Arbeitslosenquote mit 17,8 Prozent im EG-Durchschnitt besonders hoch.

Von den EG-Staaten verzeichnete Irland im Juli mit 17,1 Prozent die höchste Arbeitslosenquote. Es folgen Spanien (17,0 Prozent), Italien (10,9) und Frankreich (10,1).

Die Leidenschaften auf einer der zahlreichen Demonstrationen der Frauen New Yorks, die für das Recht auf Schwangerschaftsunterbrechung eintreten, erglühten derart, daß die Polizei bei voller Rücksicht auf die Situation dennoch einschreiten mußte (unser Bild)...

Gebären oder die Schwangerschaft zu unterbrechen, das ist für die amerikanischen Frauen bei weitem keine müßige Frage. Sie wird allmählich zum nationalen Problem, dessen Ausgang sogar das Ergebnis der Präsidentwahlen beeinflußt. Obwohl das Oberste Gericht des Landes in diesem Sommer den Beschluß angenommen hat, nach dem die einzelnen US-Staaten von nun an strengere Gesetze verabschieden dürfen, die das Recht der Amerikanerinnen auf Schwangerschaftsunterbrechung einschränken, haben die Gegnerinnen dieses Verdikts die Waffen bei weitem noch nicht gestreckt.

Foto: TASS

Computer als Sprachmittler

Ein Computerprogramm für die automatische Sprachübersetzung ist am Institut für Sprachwissenschaft der Universität Lund entwickelt worden. Es umfaßt zur Zeit Grammatik und Wortschatz in Schwedisch, Englisch und Russisch. Das „Swerta" genannte Programm ist in der Lage, auch verhältnismäßig komplizierte Sätze zu analysieren und zu konstruieren. Allerdings ist sein Wortschatz noch begrenzt. Momentan besitzt „Swerta" eine Treffsicherheit von 80 Prozent, wobei ihm umgangssprachliche Redewendungen die größten Schwierigkeiten bereiten.

Natürlich werden Computer den Menschen niemals völlig verdrängen, vor allem nicht bei der Übersetzung von Belletristik, erklärte Prof. Bengt Sigurt von der Universität Lund. Die Automaten könnten aber bei der Übersetzung von politischen Verträgen, internationalen Bestimmungen, Bedienungsanleitungen, technischen Beschreibungen und Wetterberichten nützlich sein.

Ein ähnliches Programm ist bereits in Finnland im Einsatz, wo der Wetterbericht in finnischer und schwedischer Sprache gesendet wird.

Kinder-Freundschaft

Die Früchte der Sommerarbeit

Der Pioniersommer ist nun zu Ende gegangen. Jetzt eilen die Mädchen und Jungen jeden Morgen geschäftig zur Schule. Aber nicht nur gebadet und gesonnt haben sich die Pioniere im Sommer; viele haben in Lagern für Arbeit und Erholung, in Schülerproduktionsbrigaden, in den Dienstleistungsstellen und medizinischen Einrichtungen aktive Arbeit geleistet und sich dabei ein schönes Taschengeld verdient.

Im Dorf Malinowka bei Zelinograd trugen die jungen Naturforscher und Gärtner des Gebiets eine reiche Exposition ihrer eigenen Gemüseerzeugnisse zusammen. Es ist fast unvorstellbar, daß all dieses Gemüse in dem diesjährigen sengenden Sommer im nördlichen Gebiet unserer Republik, und zwar von Kinderhänden gezogen worden ist. Gurken, herrliche Tomaten, Eierfrüchte, Paprikaschoten und Zwiebeln sind natürlich keine Rarität, aber Weinbeeren, Pflaumen, Kirschen sind für unsere Region schon etwas Seltenes. Es stellt sich aber heraus, daß sie bei uns doch noch gedeihen, wenn der karge Boden von fleißigen Händen liebevoll bearbeitet wird.

Und noch ein Merkmal — der Ernteertrag auf dem Schulfeld ist zweimal größer als der auf dem Sowchosfeld. Früher durfte man es nicht zugeben, denn dann hieß es, man untergräbe die sozialistische Wirtschaftspolitik. Jetzt sind wir schon daran gewöhnt, daß man auf ansehnliche Ergebnisse achtet.

Auf den Bildern: Andreas Kuhn ist ein junger Kaninchenzüchter, er hat sein Lieblingskarnikel „Puschok" aus seinem Heimatort „Prigorodny" zur Schau mitgebracht.

Harry Gallinger und seine Freunde haben in diesem Jahr 35 Dezitonnen Wintergetreide je Hektar geerntet.

Text und Fotos: Heinrich FROST

Rund um das Biofeld

Wanja gilt in unserer Klasse als Sonderling. Er führt seine Träumereien, die ihn stets plagen, auf sein starkes Biofeld zurück, über das er in letzter Zeit sehr viel gelesen hat.

„Jeder Mensch ist von einem Biofeld umgeben, bloß kommt es auf die Stärke seines Wirkens an", pflegt er vielsagend zu betonen. Deshalb lassen sich die Jungen von ihm oft über allerhand Naturerscheinungen und sonstige komische Dingen beraten. Wanja weiß immer die Antwort.

Eines Tages geschah jedoch Wanjas Freund Wolodja etwas für ihn Unerklärliches, und er kam zu Wanja, um die Sache zu klären.

„Weißt du, ich ging heute in die Apotheke, um für Oma Arznei zu kaufen. Die Straße war ganz leer. Plötzlich sah ich auf dem Pflaster ein zerknülltes Stückchen Papier und hob es auf; es waren ganze zehn Rubel. Ringsum war kein Mensch. Da ging ich zur Apotheke, kaufte das Nötige. Aber auf dem Heimweg..."

„Na los, was gab's weiter?" Wanja verlor die Geduld.

„Auf dem Heimweg... fand ich noch einen Rubel und wieder war niemand da.

Wanja überlegte eine ganze Weile, dann sagte er: „Das ist bestimmt die Wirkung deines Biofeldes, da kleben heute Geldscheine an dich. Du bist ein Glückspilz, aber paß auf, es kann sich noch ganz anders entwickeln, das kann niemand voraussehen."

Verlegen ging Wolodja nach Hause. Wanja sagte ja, es kann sich auch ganz schlimm entwickeln — wegen seines starken Biofeldes.

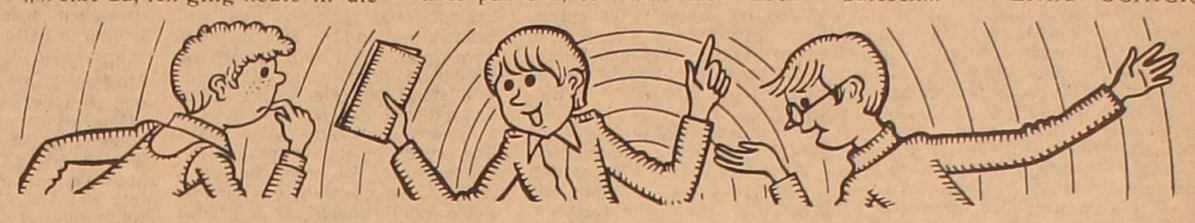
Nachts „bescherte" ihn sein „Biofeld" mit einem seltsamen Traum — er sah Valera, seinen Freund, im Fluß ertrinken. Morgens lief er zu ihm hin. Wanja war auch schon da.

„Valera, du darfst heute nicht an den Fluß, du ertrinkst".

„Bist du nach dem Geldfund meschugge geworden?" fragte Valera ärgerlich, der von Wanja über Wolodjas gestrigen Fund schon Bescheid wußte.

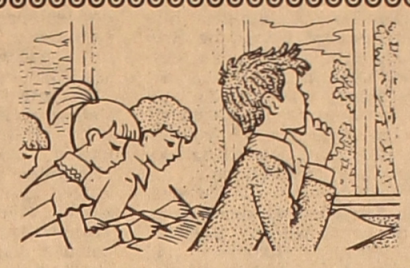
Dann lachten alle drei... und gingen in die Bibliothek, um über die Wirkung des Biofeldes nachzulesen...

Elvira SCHICK



Schulalltag

Der erste Aufsatz



Die 5b soll den Aufsatz „Meine Hilfe dem Kolchos" schreiben. Die Jungen und Mädchen machen ihre Hefte auf und gehen eifrig an die Arbeit. Otto sitzt jedoch und schaut gelangweilt durchs Fenster.

„Otto, was fehlt dir?" fragt die Lehrerin.

„Nichts, ich schaff es noch", versichert Otto und guckt wieder durchs Fenster. Die Lehrerin dreht sich ebenfalls zum Fenster, da gibt es absolut nichts, was den Jungen fesseln könnte. Als sie zu Otto hinüberschaut, sieht sie, daß der Junge nun schreibt. Sie beruhigt sich und läßt ihn außer acht.

Als sie dann die Aufsätze prüft, liest sie in seinem Heft einen einzigen, jedoch fehlerlosen und sehr akkurat geschriebenen Satz: „Ich habe im Kolchos nicht geholfen, deshalb habe ich nichts zu berichten."

Sie gibt ihm eine Fünf für die Wahrheit.

Alex REMBES

Rätsel

Ich mache hart, ich mache weich,
und ist dir kalt, ich wärm' dich gleich.
Man liebt mich und man fürchtet mich,
kommst du zu nah, fress' ich dich.

△

Ich darf nur einen Tropfen trinken, und doch sieht man mir's sofort an.

Für junge Naturfreunde

Einiges über Nistplätze

Einige Vögel bringen ihre Jungen in schwimmenden Nestern zur Welt. Andere hängen ihre „Kinderstuben" als Schaukeln an Zweigen, wieder andere gehen unter die Erde. Für ihr Nest baut die Uferschwalbe mitunter eine Tunnel von drei Metern. Der Eisvogel gräbt eine ordentliche Höhle, in die er durch einen gewundenen unterirdischen Gang gelangt. Die Rauchschwalbe hält sich in der Nähe der Menschen und klebt ihre Bauwerke aus Lehm an Balken in Ställen, Scheunen und Dachböden. Die Drossel bevorzugt Gräser. Sie knickt sie erst einmal in der Mitte und kaut sie durch, rollt sie aus, glättet und dann baut sie. Die Krähe baut ihr Krähennest aus Ästen, Watte und Stoffetzen. Der Specht baut fast jedes Jahr eine neue Wohnung und überläßt die alte im guten Zustand denen, die keine Höhle oder kein Nest bauen können. Erst ziehen da Meisen ein, dann wohl die Stare oder Amseln und als letzter Nachmieter der Spatz. Ihm ist ja beinahe jeder Platz recht.

Singvögel nisten gern in dicken niedrigen Gebüschen. Da herrscht schnell Aufregung, wenn Gefahr droht.

Manche Leute bauen für die Vögel Kästen und Höhlungen. Man weiß nicht so recht, ob das angebracht ist. Verlieren dadurch die Vögel nicht einiges an Lebenstüchtigkeit?

Jakob WIRACHOWSKI,
pensionierter Biologielehrer
Alma-Ata

Woldemar, ein Freund aus der Kindheit

Am 6. September dieses Jahres wäre der Held der Sowjetunion Woldemar Wenzel 60 Jahre alt geworden. Unser Korrespondent Igor TRUTANOW traf sich in Saratow mit seinem Freund Kamil Alimow und bat ihn, für die Leser der Kinder-Freundschaft über Woldemar Wenzel zu erzählen.

„Woldemar kannte ich seit 1930, als unsere Familie in Saratow in das Haus Nr. 4 in der Leninstraße umzog. In diesem kleinen Haus wohnten damals vier Familien — die Russen Issajews, die Deutschen Schmidts und Wenzels und wir Tataren Alimows. Wir sechs Bengel — Wolodja, Ljowa, Kostja, Schamil, Chamsa und ich, Kamil, — waren eng befreundet, spielten immer zusammen in unserem Hof, gingen oft an die Wolga schwimmen.

Die Familie Wenzel bestand aus drei Personen: dem Vater Karl Karlowitsch und den Brüdern Viktor und Woldemar. Die Jungen hatten sehr früh ihre Mutter verloren und lebten nun mit dem Vater, der auch ernsthaft krank war. Er hatte Tuberkulose. Woldemars älterer Bruder Viktor arbeitete auf dem Dampfer „20 Jahre Wolgadeutsche Republik", der Saratow mit Engels verband. Wolodja war kein verwöhnter Junge, die ganze Hausarbeit machte er von klein auf selbständig. Seine Familie lebte ziemlich arm. Wolodja war sehr wißbegierig und las gern. Er interessierte sich für Abenteuerliteratur. Seine Lieblingsschriftsteller waren Jules Verne, Mark Twain, Victor Hugo und Arthur Conan Doyle. Seinen Freunden und Klassenkameraden in der Schule Nr. 25, die er besuchte, erzählte Wenzel gern das Gelesene nach.

1937 widerfuhr meinem Freund ein großes Unglück: Sein Vater starb an Tuberkulose, und noch früher, im Jahre 1933, war sein Bruder Viktor durch einen Unfall ums Leben gekommen. Wolodja wurde Waisenkind. Dann mußte er nach der 7. Klasse die Schule verlassen und begann sein tägliches Brot selbst zu verdienen. Er arbeitete als Kochgehilfe in der Kantine des Juristischen Instituts Saratow. Die Einwohner unseres Hauses übernahmen die Betreuung des Jungen. Meine Mutter Aischa Muchaddinowna wusch zum Beispiel seine Wäsche und kochte für ihn. Meine Eltern kümmerten sich um Wolodja wie um ihr eigenes Kind. Sehr viel Zeit verbrachte er in unserer Familie. 1938 kam Wolodjas Tante Trautwenk nach Saratow. Sie wohnte mit ihm zusammen und ersetzte ihm seine Eltern.

Es brach der Große Vaterländische Krieg aus. 1941 wurden wir 17 Jahre alt und hielten uns bereits für erwachsen genug, um an die Front zu gehen und gegen die Hitlerfaschisten zu kämpfen. Heimlich vor unseren Nächsten schrieben wir Gesuche an das Kriegskommissariat Saratow, in denen wir baten, uns als Freiwillige an die Front zur Verteidigung der Heimat zu schicken. Aber die Gesuche wurden im Kriegskommissariat abgelehnt und wir selbst kurzerhand nach Hause abgefertigt.

‚Ihr müßt noch ein wenig wachsen', meinte der Kriegskommissar.

Aber Wolodja Wenzel war hartnäckig und ging noch ein paar Mal zum Kriegskommissar. Dank seiner Beharrlichkeit hatte er Glück: Schon im Juli 1941 schickte man ihn zum Studium auf eine Militärschule bei Gomel. Im Oktober erhielt ich von meinem Freund den ersten und letzten Brief. Bald darauf wurde ich auch in die Rote Armee einberufen. Nachher brach unsere Verbindung für immer ab. Ich kämpfte als Panzersoldat an der Leningrader und der Ostseefront. Mit zwei Orden, sieben Medaillen und vier Wunden beendete ich den Krieg.

Von meinem Freund Wolodja hörte ich nichts bis 1966, als eines Tages ein älterer Mann unser Haus in der Leninstraße besuchte. Er befragte die Einwohner, ob sie etwas über den Helden der Sowjetunion Wladimir Kirillowitsch Wenzow wissen. Die Menschen waren aber in unser Haus erst nach dem Krieg eingezogen und wußten nicht Bescheid. Darum schickte man den Besucher zu mir. Er stellte sich mir als der Schriftsteller Nikolai Rumjanzew vor. Rumjanzew hatte vor, ein Buch über die Helden des Großen Vaterländischen Krieges zu verfassen, und suchte nun nach ihnen oder ihren Verwandten. Aus seiner Erzählung erfuhr ich über die Heldentat und den Tod Wolodjas im Dorf Wischnjowoje im Gebiet Tschernigow. Es stellte sich heraus, daß Wolodja seinen Namen verändern mußte, um an der Front bleiben zu dürfen. Er gehörte zu den Soldaten, die unter dem starken Feuer des Feindes den Dnepr forcieren mußten. Dabei wurde er schwer verwundet.

Ich schrieb an den Dorfsowjet Wischnjowoje und bekam bald eine Antwort, aus der ich erfuhr, daß Wolodja in einem Massengrab beigesetzt wurde. Ein Jahr später fuhren meine Frau und ich in die Ukraine nach Tschernigow. Wir besuchten die Ruhestätte meines Freundes und legten da einen Kranz mit der Inschrift ‚Für Woldemar Wenzow (Wenzel) von der Familie Alimow' nieder. Wir trafen mit den Pionieren aus der Schule in Wischnjowoje zusammen. Ich erzählte ihnen über Wolodja.

Die Pioniere pflegen das Denkmal und das Grab, in dem auch der Freund meiner Kindheit ruht".

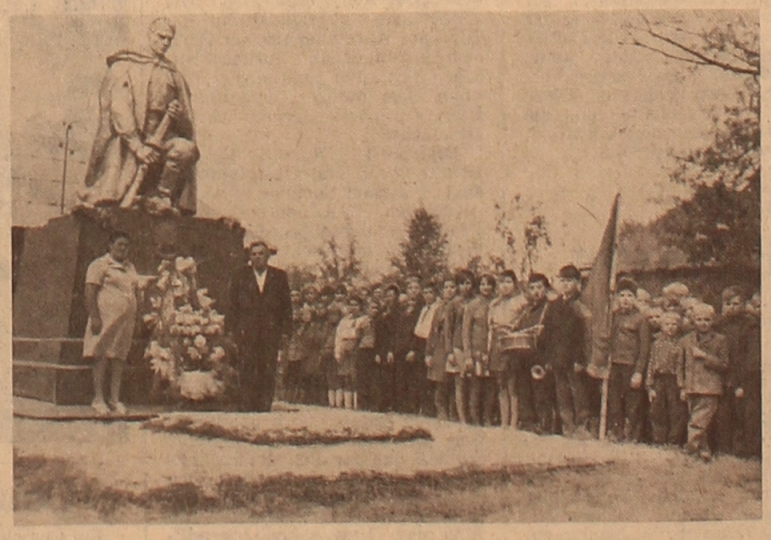
Unsere Bilder:

Woldemar Wenzel in der Kindheit.

Kamil Alimow und seine Frau Sulfija.

Am Soldatengrab im Dorf Wischnjowoje.

Fotos: Familienarchiv Alimows, Igor Trutanow.



Der Bajanspieler

Die goldgelbe Pappeln scheinen durch die wunderschönen Musikklänge, die durch die offenen Fenster dringen, verzaubert zu sein, im Prüfzimmer sitzt ein schmächtiger dunkeläugiger Junge, und seine Finger entlocken dem Instrument herrliche, ewige Musik von Bach, Scarlatti und Chopin. Neben dem Jungen steht sein Lehrer Jakob Gebert und man sieht es ihm an, daß er auf seinen Schüler stolz ist.

Woldemar Keil hat sein Talent vom Vater geerbt, der auch sein erster Musiklehrer war. Leider ist Reinhold Keil nicht mehr am Leben, aber sein Sohn setzt sein Werk fort. Er ist der einzige unter den vier Brüdern, der Musik über alles liebt.

Woldemar Keil ist eigentlich noch Schüler, hat jedoch schon die Musikschule in Karaganda absolviert; darauf bezog er die Musikfachschule in Koktschetaw. Er beteiligt sich an den Republikwettbewerben der Bajanspieler und gewinnt jedesmal einen Preis.

Woldemar FINGER
Koktschetaw

Chefredakteur i. V.
Jakob GERNER

Unsere Anschrift:
Казахская ССР,
480044, Алма-Ата
ул. М. Горького, 50
4-й этаж

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat—33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69; 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84; 33-33-71; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.
Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanai — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ»
ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом

Объем 2 печатных листа

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

УГ 01407 Заказ 12219